

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1808.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Freitag, den 13. Januar 1899.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Das Erwachen Englands.

London, den 11. Januar.

Weber auf dem Festlande, noch hier in Großbritannien scheint der Wandel, der sich jetzt in der englischen Politik vollzieht oder vielmehr schon vollzogen hat, voll verstanden zu werden. Man bemerkt wohl, daß die historische „liberale“ Partei der Whigs sich offenbar in einer gefährlichen Lage befindet, erkennt aber nicht, daß die Arbeit dieser Partei gethan ist, und daß den Whigs und dem englischen Liberalismus nie wieder auf die Beine geholfen werden kann. Die Wahrheit zu sagen, wir Engländer haben tatsächlich alle unsere freiheitlichen Forderungen verwirklicht. Wir haben Pressefreiheit, Redefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit, freien Handel und freie Kolonien. Da ist wenig übrig, für das man als eine Forderung politischer oder persönlicher Freiheit kämpfen könnte. Und die Verwirklichung sozialer Freiheiten gehört nicht zur Mission der liberalen Partei, wie sie seit der Reform-Bill vom Jahre 1832 und seit Aufhebung der Korn-Gesetze im Jahre 1847 beschaffen ist. Die alten Whig-Peers Lord Rosebery, Lord Kimberley, Lord Spencer, Lord Carrington u. A., die nach dem Ausscheiden des Herzogs von Devonshire, des Herzogs von Argyll und der liberalen Unionisten übrig geblieben sind, haben noch immer bestimmenden Einfluß auf die Partei, mit Hilfe ihrer Anhänger im Hause der Gemeinen und des gewohnten Kontingents von Advokaten, titellusternen Kapitalisten, ehrgeizigen Nonkonformisten (Freireligiösen), bezahlten Geschäftspolitikern und gnädig unterstützten Arbeitervertretern.

Die Spaltungen, die hier und da vorkommen, sind rein persönlicher Natur. Sir William Harcourt hat für die Demokratie nicht mehr Sympathien, als Lord Rosebery, und Mr. John Morley ebenso wenig, wie Sir Edward Grey. Einer wie alle sind sie ohne Politik, ohne Prinzipien und ohne Programm, und seit dem Tode Gladstone's besitzen sie auch keinen einzigen Redner mehr, der das Volk glauben machen könnte, es sei ihnen mit irgend etwas ernst. So in der Auflösung begriffen zu sein, ist eine trübselige Lage für eine Partei, die seiner Zeit das Haupt so hoch getragen hat und die vor nur zwölf Jahren eine der größten Majoritäten hatte, die je in der parlamentarischen Geschichte Englands erlebt worden sind. Jetzt muß sie sich damit begnügen, die auswärtige Politik ihrer Gegner zu unterstützen und gleich Mister Micawber in Dickens' Roman auf „irgend etwas zu warten“, das ihr herauszuhelfen könnte.

Zwischen gehen die Konservativen und liberalen Unionisten vergnüglich ihren Weg, und nichts hindert sie, die Angelegenheiten der inneren Politik nach Herzenslust zu verwalten. Und man kann auch nicht sie allein verantwortlich machen für die Wendung, welche die Ereignisse neuerlich genommen haben. Denn die Apathie und Gleichgültigkeit der Volksmassen gegen ihr eigenes Wohl ist wirklich erschreckend. Nichts vermag die Massen zu bewegen, daß sie ihre politische Freiheit und Macht zur Verbesserung ihrer eigenen sozialen Lage benutzen. Sie nehmen ihre Stellung im Leben als etwas Selbstverständliches hin und scheinen es für ganz natürlich zu halten, daß dreißig Prozent der arbeitenden Klasse im Arbeitshaus, im Armenhaus, im Irrenhaus der Paupers oder im Hospital sterben, daß ein großer Teil der Kinder der Armen ohne Frühstück zur Schule gehen muß und daß in der ganzen Industrie gleichmäßig für Erwachsene und Kinder die Intensität der Arbeit von Jahr zu Jahr wächst, ohne daß eine Verbesserung der Löhne stattfindet.

Wenn dies, trotz aller von den Gewerkschaftskongressen mit zwei Drittel-Majorität angenommener Resolutionen zu Gunsten des Sozialismus, der im ganzen Lande herrschende Zustand ist, kann man sich da wundern, daß solche geriebenen, handwerksmäßigen Politikern, wie Lord Salisbury und Mr. Balfour, der Herzog von Devonshire und Mr. Chamberlain untätig an ihren Rudern sich ausruhen, oder an ihre Hilfstruppen, die Klertei und die Landlords aus dem Staatsfächer sette Wissen vertheilen? Ihre einzige Sorge ist, sich das Amt und den „hohen“ Familien die Macht zu erhalten. Warum sich bemühen, um dem Volke zu geben, woran ihm nichts liegt und was es nicht verlangt? Da sie also im Innern keine Maßregeln vorzuschlagen und keine Opposition zu bekämpfen haben, so können sie sich den weit interessanteren Angelegenheiten der auswärtigen Politik und der Kolonien widmen.

Daß dieser Zustand nicht lange andauern wird, ist gewiß. Die Windstille ist die Ruhe vor einem politischen Sturm. Aber es ist richtig, was der „E. B.“-Korrespondent des „Vorwärts“ sagt: die sozialdemokratische Partei ist noch nicht vorbereitet, die Liberalen bei Seite zu schieben, wie es in Deutschland und Belgien bereits zum großen Theile geschehen ist und in Frankreich und Italien eben geschieht. Und die Radikalen, die von den Liberalen abtrüben, haben sich noch nicht zu dem Entschluß aufgeschwungen können, gemeinsam mit den Sozialdemokraten vorzugehen. Die Folge wird sein, daß die Sorte von Liberal-Konservativen, die fünf gerade sein lassen und an die wir uns jetzt gewöhnt haben, während der Uebergangszeit ihre Stellung behaupten wird. Und möglicherweise wird sich auch die Masse der noch sich so nennenden „liberalen Partei“ auf dieselbe Seite schlagen.

Der Wandel, der sich während der letzten Monate in den auswärtigen Beziehungen Englands vollzogen hat, macht den

Wiederaufbau der Opposition auf der alten Grundlage noch schwieriger, als es gewesen wäre, wenn nur Fragen der inneren Politik in Frage kämen. „England ist ein Stier, der sich selbst für einen Oäsen hält“, sagte Herr Guizot, der unser Volk gut kannte, vor einigen 60 Jahren. Es ist unmöglich, bei einem Rückblick auf die Ereignisse des letzten Jahres nicht an dieses Epigramm zu denken. Es ist noch nicht allzu lange her, da waren nahezu alle auswärtigen Staatsmänner zu der umgekehrten Ueberzeugung gekommen, England sei ein Oäse, der sich selbst für einen Stier halte. Immer und immer wieder wurde verkündet, daß die Tage der Kriegskämpfe für uns vorüber und wir nur ein Volk von Krämmern seien, das jedem Eroberer gutwillig nachgeben würde, um einem Kriege aus dem Wege zu gehen. Jetzt, da sich plötzlich ganz klar gezeigt hat, daß unser eigenthümliches Volk völlig bereit war, den Kriegszug zu eröffnen, und wenig danach fragte, wie viele Feinde es zugleich bekämpfen müsse, reiben sich unsere festländischen Freunde und Feinde verblüfft die Augen und rufen laut: „Was, das Diefst ist ja doch ein Stier!“

Die Wahrheit hat die Engländer selbst erstaunt. Sie kannten ihre eigene Stärke nicht. Erst als sie sich der Thatsache bewußt wurden, daß sie vielleicht gegen ein Bündniß festländischer Mächte zu sechten hatten, zu sechten nicht als Eroberer, sondern für ihre Existenz als Großmacht, blickten sie um sich und schauten aus, was sie denn thun könnten, wenn sie ebenso unarmherzig zum Handeln gedrängt würden, wie vordem ihre Väter. Nun erst dämmerte ihnen auf, daß die Grenzen des britischen Reiches 350 Millionen Menschen umschließen, darunter — Weiße und Farbige — einige der kriegerischsten Völker der Erde, daß wir nahezu alle für den Seerrieg wichtigen Punkte und Kostenstationen auf dem Erdball besaßen, daß die englische Flotte weit gewaltiger war, als zwei und wahrscheinlich selbst drei beliebige andere Flotten zusammengenommen, und daß England ungeheurer Reichthum und industrielle Hilfsquellen ersten Ranges zur Verfügung standen, die, wenn für Kriegszwecke in einem Kampf auf Leben und Tod benutzt, zermalmend wirken mußten. All dies kam der Nation wie ein Blitz zum Bewußtsein, und die volle Wirkung der Offenbarung hat sich noch nicht gezeigt. Für den Augenblick hat dieses Vertrauen auf die eigene Kraft dazu gebietet, nicht nur die Stellung Großbritanniens in Europa und der ganzen Welt erneut zu befestigen, sondern auch einen piratenhaften „Imperialismus“ ins Leben zu rufen, dem unser Land in seinem wahnsinnigen Eudien nach „neuen Märkten“ für seine Kapitalisten schon seit Langem zugetrieben ist, während sein bester Markt, der heimische, mißachtet und seine Landwirtschaft durch übertrieben hohe Eisenbahnfrachten niedergedrückt wurde. Da Indien ausgenommen war wie eine Orange und unsere westindischen Kolonien durch fremde Ausfuhrprämien ruiniert sind, so sah man sich nach neuen Absatzgebieten in Afrika um. Bisher haben unsere Raubtraber weder in der Heimath noch in unseren tropischen Kolonien begriffen, daß auf die Länge das Wohlbestehen der Masse der Bevölkerung für den Gesamtstaat der größte Vortheil ist. Die Männer, welche Gerechtigkeit für die 250 Millionen Menschen forderten, die in Asien unter unserer direkten Herrschaft stehen, wurden als „Alein-Engländer“ verpöttelet, und die schmachliche Tyrannei, die wir dort ausübten, auf eine Stufe gestellt mit der vollkommenen Freiheit, deren sich unsere Kolonien erfreuen.

Das ist die schlimmste Seite dieser veränderten Haltung. Doch es wird so nicht bleiben. Das demokratische Gefühl ist in England doch zu stark, um Tyrannei und Räuberei im großen Stile dauernd in unserem Machtbereich zu dulden. Die Kraft, welche entfaltet wurde, und die Erkenntniß, daß wir uns ins Zeug legen mußten, um unsere Stellung nicht zu verlieren — das wird bald einen großen Einfluß in anderen Richtungen ausüben. Alles in allem genommen hat nirgends in der Welt ein Mensch, sei er Einheimischer oder Fremder, das Recht, gerade das zu thun, was ihm persönlich oder politisch gefällt, in höherem Maße als in Großbritannien und seinen freien Kolonien, die durch und durch demokratisch sind. Es ist unmöglich, daß diese Demokratie und der militaristische Imperialismus neben einander bestehen. Die eine oder der andere muß weichen, und was zu weichen hat, wird nicht die Demokratie sein. Deshalb bezweifle ich auch nicht, daß der Gegensatz zwischen der russischen Regierung und Großbritannien, von dem einige englische Staatsmänner und viele englische Religionschwärmer uns vorwarnen, er liege sich überbrücken, in der Zukunft weit schärfer werden wird, als er in der Vergangenheit war. Es ist nicht lediglich ein Gegensatz der Handelsinteressen, sondern ein Gegensatz der Prinzipien, der nur zu einem Ausgang führen kann, wenn England wachsam bleibt und die Augen offen hält für die Thatsachen. Dem Rußland, schwach wie es meiner Meinung nach im Vergleich mit jeder anderen europäischen Großmacht ist, vertritt unter seiner derzeitigen Regierung die politische Reaktion und die militarische Barbarei. Sobald der Kampf zwischen Industrialismus und Militarismus, zwischen Sozialismus und Despotismus zum offenen Ausbruch kommt, wird Rußland alle anti-demokratischen Elemente Europas auf seiner Seite haben. Wird doch deutscherseits schon versichert, daß unter keinen Umständen etwas dem „theuren Bruder“, dem Zaren, Mißliebigeres unternommen werden

solle. Und in Frankreich schauen alle Freunde des Militarismus nach St. Petersburg um Hilfe bei ihren reaktionären Anschlägen.

Die Entwicklung Englands muß sich in der entgegengesetzten Richtung vollziehen und es war sicherlich sehr bezeichnend und für demokratische Engländer äußerst ermutigend, daß in den Zeiten der Verwirrung und Gefahr, die jetzt hinter uns liegen, in der ganzen Welt die Hauptvertreter des demokratischen Gedankens offen erklärt haben, trotz aller Fehler, die sie deutlicher erkennen als wir, sähen sie England lieber stark als schwach.

Meine festgenurzelte Ueberzeugung ist, daß wir in künftigen Jahren Vieles thun werden, um dieses Vertrauen zu rechtfertigen. Wir sind am Ende eines Abschnitts im Leben unserer Nation und unseres Reiches. Die Hoffnung, daß England, wie es unglücklicherweise in den ersten Stadien eines unbeschränkten und verworrenen Kapitalismus die Welt geführt hat, auch unter den Ländern sein wird, welche in der Entwicklung des nationalen und internationalen Sozialismus eine führende Rolle haben, beschränkt sich nicht mehr auf die wenigen Kämpfer gegen die Gleichgültigkeit der Masse. Die sozialistische Idee ist überall, so wenig erfreulich die augenblickliche Apathie auch sein mag. Die große Aufgabe, unser ungeheures Weltreich zur Erkenntniß seiner Verantwortlichkeit und seiner Pflichten zu erwecken, bleibt dem jüngeren Geschlecht überlassen, dessen Angehörige sich jetzt stetig in das sozialistische Heer einreihen. Der Imperialismus von heute, der bei all seiner Mächtigkeit doch einen umfassenden Einblick in das Leben der Welt gestattet, wird unvermeidlich zu jener umfassenderen Weltverbindung der Völker führen, in welcher durch demokratische und sozialistische Keugeburt und Organisation im Innern und durch furchtlosen Kampf für Freiheit und Industrialismus nach Außen Großbritannien und seine Kolonien einen wichtigen Platz einnehmen werden.

S. M. Hyndmann.

Magdeburger Justiz.

Die Magdeburger „Volkstimme“ schreibt über die Thäterschaft des zu 4 Jahren einem Monat Gefängniß verurtheilten Redakteur Müller:

Redakteur Müller behauptete, an der Herstellung der inkriminirten Nummer nicht betheiligigt gewesen zu sein, da er sich in damaliger Zeit auf Urlaub in Bernigerode befunden, und am Tage der Herstellung fraglicher Nummer zwar insolge eines Termins in Magdeburg zu thun gehabt habe, aber nur einige Minuten in der Redaktion sich aufgehalten hatte. Diese Behauptung versuchte Müller durch Beweise zu erhärten. Die als Zeugen geladenen Personen: Fabian, Harbaum und Schmidt bestätigten Müller's Aussagen; letzterer erklärte positiv, daß Müller nicht den geringsten Antheil an der Herstellung inkriminirter Nummer habe, sowie daß keinerlei Vereinbarungen wegen Aufnahme des Artikels oder Zeichnung der inkriminirten Nummer stattgefunden haben.

Die Zeugen sind nicht vereidigt worden. Das Gericht nahm an, Müller habe den Beweis für seine Behauptungen nicht gebracht, habe also nicht nachgewiesen, an der Herstellung inkriminirter Nummer nicht betheiligigt gewesen zu sein. In dieser Auffassung kam das Gericht, obwohl die Zeugen Harbaum und Schmidt sich selbst belasteten.

Die freimüthige Berliner „Volk-Zeitung“ urtheilt: „Länger als vier Jahre muß der Verantwortliche im Kerker zubringen; eine Strafe, wie sie sonst nur für schwere Verbrechen verhängt zu werden pflegt. Nahezu ein halbes Hundert Monate im Gefängniß — das bedeutet ein Auslöschen des fünfzehnten Theiles eines auf 60 Jahre angelegenen Menschenlebens aus dem bürgerlichen Dasein. — Es bedarf nicht der Aufstachelung der Phantasie des Lesers zur Erfassung der Tragweite eines solchen Urtheils!“

Selbst die liberale „National-Zeitung“ findet die Verurtheilung „Aufsehen erregend“.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Januar.

Die neue Militärvorlage im Reichstag. Noch nie ist eine neue Militärvorlage im Reichstag so gleichgültig, man könnte fast sagen, so stumpf aufgenommen worden. Wie die Budgetdebatte, so die Militärbatte. Der junge Reichstag hat keine Lust zu Haupt- und Staatsaktionen. Das war auch heute Mittag zu sehen. Das Haus lange nicht so besetzt wie gestern. Heute giebt's keine fetten Vissen zu ergattern; und der kapitalistische Reichstagsmehrheit, einerlei ob schlot- oder traufunterlich, ob geschoren oder gescherteilt, ergeht es wie den englischen Kirchenprälaten, für die ein Zehntel des Zehntens mehr Werth hat, als sämtliche Glaubensartikel. Wirkliches Interesse ist nur, wo etwas Solides zu fassen ist. Und bei der Armeefallen zwar auch mancherlei Brocken ab, allein verglichen mit den Millionen, welche die Grenzsperr den Junkern einbringt, ist's doch eine Kleinigkeit. Und dazu kommt noch, daß das Schicksal der neuen Militärvorlage von vornherein absolut feststeht. Das Centrum hat Ja! gesagt, und das Centrum ist Trumpf. Centri voluntas suprema lex — der Wille des Centrum's ist oberstes Gesetz in Preussisch-Deutschland.

Der Herr Kriegsminister von Goltz legte sich auch gar nicht ins Zeug. Er ist seiner Sache sicher. Nur das Manifest des Jaren mußte er erwähnen — als Höflichkeit, welcher der Schutzmacht des Deutschen Reiches und deren gnädigen Souverän Respekt schuldig ist. Gewiß — an eines

Jaren Wort darf man nicht rütteln. Aber — und da führt ein Teufelschen materialistischer Geschichtsauffassung in den armen Kriegsmilitär — aber der mächtigste Monarch kann sich über die Bedürfnisse und Forderungen des Volkes hinwegsetzen. Das Wort könnte dem Herrn Kriegsminister ein böses Viertelstündchen bereiten. Ganz recht hatte er: „Trotz des Friedensmanifestes, sehe ich überall Vermehrung der Armeen und Flotten.“ Gewiß ist das wahr, und das Schöne dabei, der Herr Kriegsminister scheint keine Ahnung davon gehabt zu haben, welche blutige Satire er ausgesprochen — und welche Verurteilung des Systems, dem er dient!

Die technischen Details, in die er sich dann verlor, findet der Leser im Parlamentsbericht. Auf diese Details ging der erste Redner aus dem Haus, Eugen Richter, ausführlich ein, und da er sie besser kennt, als der Herr Kriegsminister, so wurde es den Herren Militärs bei seiner Rede schweiß zu Muthe. Vom politischen Gebiet hielt Richter sich fern, und so war seine Rede, obgleich sie recht glückliche Momente hatte, doch ziemlich matt. Kräftiger wurde sie nur, als er vor den unabsehbaren Konsequenzen der Vorlage warnte, die uns auch für die fernste Zukunft — auch über 1903 hinaus belaste. Erwähnt sei nur noch, daß Richter natürlich für die zweijährige Dienstzeit eintrat, und ihre dauernde gesetzliche Feststellung forderte. Dem Führer der Fortschrittspartei folgte der Führer der Freikonservativen, König Stumm, der feierlich auf die Rednerbühne schritt und sich bemühte das Amt eines freiwilligen Regierungs-Kommissars würdevoll auszuüben. Wenn Stumm poltert, ist er amüsant, wenn er sich aber ruhig und würdevoll stellt, dann verbreitet er eine Atmosphäre von Langweiligkeit um sich, die jeden einschläfert, der nicht rechtzeitig davonläuft. Aus der Rede des freiwilligen Regierungs-Kommissars ist nur der unfreiwillige Witz zu verzeichnen: „Meine Herren! Ich rathe Ihnen in Ihrem Interesse, die Vorlage sans façon anzunehmen. Denn die Regierung hat viel zu wenig gefordert.“ Eine Warnung, für einen Regierungs-Kommissar allerdings weniger passend, als für den Verschärer bei einem Auhhandel.

Den Reigen für heute beschloß der Führer der Konservativen, Herr von Leybold, der an der Vorlage mancherlei auszufehen hatte, weil sie auch ihm zu wenig forderte, — jedoch als militärfrommes Haupt einer militärfrommen Partei für diese und jede andere Militärvorlage stimmen wird.

Morgen soll die Debatte schon um 12 Uhr fortgesetzt werden, weil man sie morgen zu Ende bringen will, um Sonnabend einen Feiertag für das Plenum zu gewinnen. Deibel ist als erster Redner vorgemerkt. Der zweite Tag der Militärsdebatte wird also nicht so militärfromm sein, wie der erste. —

Verkehrsordnung gegen Wahlfreiheit.

In Dresden hatten vor der letzten Reichstagswahl einige Arbeiter auf der Straße Wahlzettel verteilt. Hierdurch sollten sie gegen die Dresdener „Verkehrsordnung“ verstoßen haben. Nicht als ob sie tatsächlich den Verkehr irgendwie gestört hätten, aber jene Verkehrsordnung verbietet das Verteilen von Druckschriften, Zetteln etc. auf der Straße.

Schöngerich und Landgericht sprachen die Angeklagten frei. Der reaktionäre aller deutschen Gerichtsbehörden, das sächsische Oberlandesgericht, hat sich jedoch für Verurteilung ausgesprochen und die Angelegenheit an das Landgericht zurückverwiesen. Und nun endlich ist das hohe Ziel erreicht — das Landgericht hat die Flugblattvertheiler zu einer Geldstrafe verurtheilt.

§ 43 der Reichs-Gewerbeordnung sagt wörtlich: „Zur Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken bei der Wahl zu gesetzgebenden Körpern ist eine polizeiliche Erlaubnis in der Zeit von der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung des Wahls nicht erforderlich.“

Dasselbe gilt auch bezüglich der nichtgewerbmäßigen Vertheilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken. Diese Bestimmung erscheint klar und keiner Deutelei zugänglich. Aber der Dresdener Richter juristische Kunst hat es verstanden, eine Polizei-Verkehrsordnung obliegen zu lassen über eine Grundbestimmung der Reichs-Gewerbeordnung, welche für die Vorbereitung einer freien Reichstagswahl von der höchsten Wichtigkeit ist.

Der „Grobe Unfugs“-Paragraf gab bisher das bequemste und beliebteste Mittel an die Hand, um unbedeutsame Vethaltungen der Arbeiterbewegung, die im übrigen gesetzlich durchaus erlaubt sind,

Die Begeisterungsdressur.

haben die Orientalen doch schneidiger Los, als selbst das fadelttragende Volk von Haderleben, wenn es seinem geliebten Kaiser huldigt. Der Orientale läßt sich geduldig prügeln, ein und absperren, er ist still und fähig, nur von dem einen Drang beherrscht, zu jubeln, o. h. zu lästeln; es sind wahre Begeisterungsautomaten. Wenigstens ist das so, wenn der deutsche Kaiser in Kleinasien reist und der Oberhofmarschall Niebach ihn begleitet, um in seinem Geiste treue Momentaufnahmen von der orientalischen Volksseele und Volksfestigkeit aufzunehmen. Die Türken sind jedenfalls, wenn man Niebachs Beobachtungsgabe für zuverlässig halten darf, unbedingt brauchbare Unterthanen, die sich in der edelsten Kunst, die allein den Menschen ziert: in der Technik monarchischer Heisebegeisterung durchaus bewähren und den höchsten und noch höheren Ansprüchen in allen Ständen genügen. Es ist deshalb ganz und gar erklärlich, wenn die deutsche Türkenfreundschaft gegenwärtig sehr innig ist; man hat eben Gelegenheit gehabt, den guten Charakter der Türken bei den festlichen Empfängen und Abreisen wahrzunehmen.

Freiherr v. Niebach hat in seinem dritten, und wohl letzten Vortrage über die Palästina-Reise diese angebliche türkische Gemüths-eigenschaft zu Ruh und Prommen der kühnen Erpfindung einer entarteten abendländischen Kultur wieder in leuchtenden Farben gepriesen. Selbst Deutsche erscheinen in dieser Hinsicht orientalisch tätowiert. Das ward in Gethsemane bemerkt:

„Ein Franziskaner-Mönch führte die Majestäten und pflückte ihnen Blumen und Delzweige, mit tiefer Bewegung seinem Kriegsherrn ins Antlitz blidend. Er hat als Paderborner Husar den Feldzug von 1870 mitgemacht und trug auf der Kutte, unter der ein braunes preussisches Soldatenherz schlug, mit Stolz die Kriegedenkmünze.“

Auch die Juden gehören in Palästina zu den entschieden Gutsgeimten. Beim Abschied von Jerusalem theilte ihnen auch sie sich an den schönen Landgebungen:

„Vom Lager bis zum Bahnhof standen ungezählte Menschenmassen, von den ärmsten Juden der Kolonien vor dem Jaffathore an bis zu den türkischen Offizieren und hohen Beamten in goldstrotzenden Uniformen am Bahnhof. Es war wirklich ein rührendes, herzliches Abschiednehmen seitens des ganzen Volkes. Alle Kinder, christliche, muslimane und jüdische, waren schulweise aufgestellt und sangen; nur wenige Posten hatten die Straße besetzt. Am Bahnhof erwies eine stärkere Truppen-Abtheilung die Hommages, wobei die Musik als Präsentiermarsch in rührender Inszenierung, so leben wir, so leben wir u. s. w.“ spielte. Seit Monaten hatten die braven Musici die bekannten preussischen Märsche einüben müssen und thaten nun ihr Möglichstes, an richtiger Stelle auch den richtigen Ton zu treffen.“

zu unterdrücken. Nun haben die Staatsretter noch ein wunderbares Mittelchen erblüht. Mit Polizei-Verkehrsordnungen will man die Sozialdemokratie erschlagen. Aber nicht die Sozialdemokratie vernichtet man, sondern — die Grundlagen des Reichsrechtes und den letzten Glauben an deutsche Justiz. —

Das Geheimniß des Präsidentenempfanges

ist immer noch — undurchdringlich. Wie Ballestreim und Frege ausgeföhren und was Herr Reinhart Schmidt dem Kaiser geantwortet — authentisch werden wir es erst in den posthumen Ballestreim, Frege- und Schmidt-Memoiren erfahren.

Die „Frankfurter Zeitung“ freilich zerrt wieder ein wenig am Schleier. Sie schreibt zu der Eiberfelder Darstellung:

„Nach unserer Kenntnis der Sache sind in der That bei den Schilderungen erhebliche Unrichtigkeiten untergelaufen, sowohl in Bezug auf den Wortlaut als auch namentlich in Bezug auf den Ton der ganzen Ausführungen. Der Passus über die Militärvorlage gewinnt dadurch ein anderes Aussehen, daß auch der Kaiser selbst betont hat, daß er die Leistungsfähigkeit seines Volkes erwägen müsse; darauf bezog sich dann die Bemerkung des freisinnigen Präsidenten, daß lediglich dieselbe Erwägung für die Stellung der Opposition gegenüber den Heeresvermehrungen bestimmend sei. Ebenso haben die Auslassungen über die auswärtige Politik, wenn auch die Worte zum Theil richtig wiedergegeben sein mögen, doch in wesentlichen Punkten einen anderen Sinn gehabt. Das gilt auch von der Aeußerung des Kaisers in Bezug auf die Indulgenzseiten von griechisch-katholischer Seite in Palästina. Diese richtete ihre Spitze nicht gegen die französische Kommissarvertretung, sondern hatte gerade dieser gegenüber die Bereitwilligkeit behauptet, auf Wunsch, wenn der französische Generalkonsul sich an seinen deutschen Kollegen wenden würde, durch persönliches Einberufen mit dem Jaren die Sache in Ordnung zu bringen. In diesem Zusammenhang gebrauchte der Kaiser die Worte: „Unter Kollegen macht sich die Sache leichter.“

Reinhart Schmidt ist Fabrikbesitzer in Eiberfeld und Landtags-Abgeordneter für Frankfurt a. M. Aus beiden Städten kommen Berichte über jene Audienz, weil Reinhart Schmidt hier wie dort geschwiegen hat.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß unsere Meinung, Reinhart Schmidt fühle sich als ein kleiner Johann Jacoby, von der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ als eine Huldigung für den freisinnigen Vizepräsidenten aufgefaßt wird. Leider Gottes habe der „Kleine Johann Jacoby“ inzwischen diesen Ruhmeskleider zerrissen und zeige sich dem Volke, um mit dem „Vorwärts“ zu sprechen, als rühmloser Reaktionsär.

Das Organ der Großindustriellen macht von seiner vielgepriesenen Unternehmerintelligenz offenbar nur in geschäftlichen Angelegenheiten Gebrauch. —

Deutsches Reich.

Vom „Ministerium der Geistesfreiheit“.

Belanntlich hat kürzlich die Wahl unseres Parteigenossen Singer in die Berliner städtische Schuldeputation die Vertheilung der Regierung nicht erhalten. Wohl aus Anlaß dieses Falles hat nunmehr der preussische Kultusminister eine allgemeine Verfügung erlassen, wonach der Wahl von Personen, die der sozialdemokratischen Partei angehören oder sich als Förderer dieser Partei betheiligen, zu Mitgliedern von Schulvorständen oder städtischen Schuldeputationen von Aufschwüngen die Bestätigung grundsätzlich zu verweigern ist.

Wir halten die Verfügung des Herrn Boffe für rechtswidrig. Wir begreifen andererseits vollkommen, daß eine Regierung, die sogar einen Delbrück mahregeln will, nicht Männer in den Schulvorständen dulden mag, welche das Schulwesen reformeifrig auszugestalten als ihre Aufgabe ansehen. Ein Ministerium Boffe kann nur mit Elementen arbeiten, welche die tiefste Verdunkelung als höchste „Geistesfreiheit“ zu preisen verstehen. —

Aus der Manufaktur für Köllerbegeisterung liefert der „Sjundal“ am Vorabend der gewaltigen Kundgebungen ahndevolle Schilderungen. Das in dänischer Sprache erscheinende, aber deutschfreundliche Blatt schreibt:

„Die Regierung wird dem Landtag im Druston der Ueberzeugung erzählen, daß es ihr im Innersten weh gethan habe, so hart zugreifen zu müssen, daß indessen nichts anderes übrig geblieben wäre, wenn das Vaterland nicht zu Grunde gehen sollte. „Und die Herren, die etwa meinen sollten, daß wir zu schroff vorgegangen

So leben wir, so leben wir alle Tage — welche grausame Satire haben die Musikanten da in ihrer „rührenden Inszenierung“ geblasen. Nur in dem für einige Tage gereinigten Palästina lebt man so, sonst schleichen Noth und Verkommenheit über verödetes Trümmerland, in dem jeder ein preussischer Hofbeamter größerer Verstandniß für die Gestalt Christi zu gewinnen glaubt und in Potsdamer Mystik schwärmt:

„Wenn man so im Lande selbst das Leben und Wirken des Heilandes in seiner Armuth und Niedrigkeit betrachtet, so scheint er uns menschlich näher zu kommen, es ist, als ob wir ihn besser verstehen. Aber gerade dadurch tritt uns seine gewaltige, unfasbare Größe als Gottesohnen doppelt vor Augen; nicht ein epochemachender Staatsmann, kein großer Gesetzgeber oder gewaltiger Prophet eines einzelnen Volkes, sondern als Erleider und Heiland der Welt, des Menschengeschlechtes und jedes einzelnen Menschen. Alles mit unendlicher Liebe umfassend, nicht für eine bestimmte Zeit, sondern für ewig, für Alle ohne Unterschied verständlich und doch die höchste Fülle der Weisheit, er, der niedrigste Mensch und doch der König aller Könige.“

„Doch die jüdischen Machthaber“ — so umschreibt Niebach den Text der Evangelisten — „die Hohenpriester und Phariseer, fürchteten ihn und seinen Einfluß und suchten ihn wiederholt aus dem Wege zu räumen.“ ... Ah, auch auf dem erinnerungsschwachen Boden Palästina's ist dem frommen Freiherrn nicht der Gedanke gekommen, daß es die Art der herrschenden Klassen aller Zeiten ist, Christus zu fürchten und aus dem Wege zu räumen. ...

Indessen, eigentlich wurde die Orientreise doch schöner, je weiter man sich von Palästina entfernte. Was für ein Empfang in Beirut!

„Der stürmische Jubel des Volkes kam durch die Wohlhabenheit der Einwohner, durch ihre schönen Sonntagstrachten, durch die im Gegensatz zu den mohamedanischen lebhafteren und lärmenderen europäischen Mowieren und durch die zahlreichen Christen im vollen Maße zum Ausdruck. Die ganze Stadt war wie eine gute Stube für hohen Besuch gründlich gefäubert und geschmückt, namentlich auch das Märktenviertel. Von starker Kavallerie-Gelorte begleitet, führten die Majestäten durch die fröhlichen, jubelnden Menschenmassen.“

Selbst eine Kavalleriekaserne gab es hier für den Kaiser zu beschließen — ein Ereigniß und eine Anzeiung, welche in ähnlicher Weise wohl noch niemals einem türkischen Regiment zu theil geworden ist und bei den Soldaten tiefste Freude und Dank erregte.“

Einmal fuhren die Majestäten noch einem bei der Stadt Beirut gelegenen Vergnügungsgarten für die Offiziere der Garnison, und Niebach, der Dienstenner, berichtet:

„Der tiefe Eindruck, welchen eine ihnen so vollständig unbekannte Verührung mit einem mächtigen Herrscher, welcher

find“, wird Herr von Riquel (denn er wird wohl die Kasernen für Herrn v. d. Rede aus dem Feuer holen müssen) sagen. ... möchte ich bitten, ihr Auge auf die hundert von Fadeln zu richten, die an jenem Abend in Haderleben dem beliebten Oberpräsidenten einen so schönen Dank darbrachten, auf die hundert von Menschen, die an jenem Abend im Schein der Fadeln in Freude und Stolz erglöhten, weil sie mit dabei sein durften, als der Dank für die Rettung des Vaterlandes im Rauch des Fadelzuges gen Himmel stieg. Und alle gekauften Blätter der Regierung werden dann im Chor heulen: „Seht, wie sie sich in Haderleben über die Ausweisungen freuen! Nun mag die dänische Presse nur wieder mit der Behauptung kommen, daß die Ausweisungen auch unter den Deutschen Nord-Schleswigs Zustimmung erzeugt haben.“

„Wird nun der Fadelzug heute Abend so groß werden, daß die Regierung ihn begründeter Weise nennen kann? Ja, das unterliegt gar keinem Zweifel. Es giebt nichts Leichteres, als einige hunderte Menschen zusammen zu trennen, die solchen Madou mitmachen mögen. Doppelt leicht wird die Sache, wenn die Parole, um nicht zu sagen die Ordre, von oben ausgegeben wird, wenn also die große Saal von Abhängigen und Beamtlichen zu denjenigen der Regierung führt. In den letzten Tagen ist energisch daran gearbeitet worden, einen großen Zug zu arrangieren und der Stadt ein möglichst deutsches Aussehen zu geben. Es sind Fahnen an Deutsche vertheilt, die keine haben, mit dem ausdrücklichen Wunsch, sie heute zu hissen. In der Nordstraße allein sollen 28 Fahnen vertheilt sein und einige hundert Stück sind auf das Land gesandt worden, um in den Landstrichen benutzt zu werden, die der Oberpräsident passirt. Beamte, die sonst nie gesaggt haben, wagen es heute nicht zu unterlassen, Selbst dänischen Unterthanen hat man deutsche Fahnen ausgeliefert, die sie hissen können, um den Mann zu ehren, der keine Ehre darin sucht, ihre gleichgestellten Landsleute aus dem Lande zu jagen. Die ganze Maschinerie ist in Bewegung gesetzt und das mit einer Kraft, die notwendig anschlagend muß.“

Es wird uns nicht wundern, wenn der Zug groß wird, aber es wird auch unsere Ueberzeugung nicht erschüttern. Und alle Deutsche, die der Vernunft Gehör geben, werden so gut wie wir verstehen, daß eine Huldigung, die auf diese Weise gemacht wird, nicht viel werth ist. Nicht genug damit nämlich, daß der Landrat von Haderleben und seine untergeordneten Organe sich bemühen, dem Fadelzug Theilnehmer zu verschaffen, auch die Initiative zu diesem Zug ist nicht von der Bevölkerung Haderlebens ausgegangen. Das Programm mit Fadelzug, Reden und all dem Hebrigen war fertig und in Kiel bekannt, bevor die Einwohner Haderlebens eine Ahnung davon hatten.“

Schädigungen durch die Ausweisungsköllererei. Aus Kopenhagen wird dem „S. T.“ gemeldet, daß Deutschland infolge der Ausweisungen in den letzten beiden Monaten im Vergleich zu den Vorjahren 30 Millionen Mark an Handel einbüßte. An Aufweisen allein wurden für eine Million Mark weniger eingeführt, die Korrosen lieferte. —

Ausweisungen - Sportbelustigung. Zu den geschmacklosen Festen, die Herr v. Köller im Ausweisungsbereich gefeiert hat, bemerkt die sehr nationale Münchener „Allg. Ztg.“:

„Neben die Festlichkeiten, die in Haderleben zu Ehren des Oberpräsidenten v. Köller veranstaltet werden und den harten Maßnahmen gegen die deutschfeindlichen Elemente den Charakter einer Art Sportbelustigung aufprägen, werden wohl auch viele von denen keine rechte Freude empfinden, welche die Ausweisungen gebilligt haben. Selbst wenn solche Maßregeln zur Unterdrückung der dänischen Agitation notwendig wären, blieben sie immer ein notwendiges Uebel, und sollten nicht die Veranlassung zu geräuschvollen Festen geben, welche die Erbitterung steigern und von den Betroffenen wie ein Goh auf ihr — verdientes oder unverdientes — Unglück betrachtet werden müssen.“

Die schönste Provinz. Ueber seine Ernennung zum Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein hat sich Herr v. Köller in Haderleben den „Berliner Neuesten Nachrichten“ zufolge wie folgt geäußert: „Als ich im Jahre 1897 von Sr. Majestät dem Kaiser getraut wurde, ob ich wieder Lust hätte, in den Staatsdienst einzutreten, sagte ich: „Ja, wenn Sr. Majestät mir die Verwaltung der Provinz Schleswig-Holstein übertragen wollen.“ „Das ist eben mein Wille“, antwortete Sr. Majestät. So kam ich nach der schönsten Provinz der preussischen Lande.“

Die schönste Provinz ist Schleswig-Holstein doch erst nach dem Regierungsantritt Köllers geworden! —

Die preussische Ausweisungspolitik sucht die „Post“ gegen uns in Schanz zu nehmen. Um zu beweisen, daß wir Unrecht hatten, Deutschland als das einzige Land außer China zu bezeichnen, daß die Fremden austreibt, führt das Stimm-Blatt die von uns selbst gebrauchten Fremden-Ausweisungen aus der Schweiz an — und beruft sich dabei auf die Autorität des „Leipziger Tageblatts“, des reaktionärsten Organs im reaktionären Königreich Sachsen.

selbst durch und durch Soldat ist, und mit einer sie liebendwürdig anredenden Kaiserin machte, war unverkennbar.“

Die Rückfahrt glich einem Triumphzuge. Vor der Stadt standen zu beiden Seiten des Weges nicht nur unzählige herbeigeströmte Bewohner der umliegenden Orte, sondern dort hielten in großer Zahl auch elegante Equipagen der reichen Griechen sowie Herren und Damen zu Pferde, alles in ununterbrochenem Jubel. Durch die ganze Stadt hindurch, welche glänzend illuminiert war, alle Einwohner auf den Straßen und an den Fenstern, sich in ihrem Enthusiasmus gegenseitig überbietend. ...

In Jebedani waren die Einwohner „besonders freundlich und fröhlich.“

„Einen solchen Jubelgesang der Männer, ein solches Jubeln der Frauen hatten wir noch nirgends gehört und waren doch bereits sehr verwöhnt. Es war so überwältigend, daß Alle, auch der Kaiser und die Kaiserin, den Zug verließen, um aus der Nähe das eigenbühnliche Schauspiel zu sehen. Als die Leute die freundlich grüßenden Majestäten erkannten, nahm der Jubel in solchem Maße zu, daß die Bahnbewohner durch Winke zum Schweigen aufforderten. Und wunderbar — in wenig Augenblicken war dieses liebendwürdige und beschreibende Volk mühsam still, aber um so mächtiger erbaute der Jubel wieder bei der Abfahrt.“

Welche Dressur, welche erhabene Dressur! Jubelgesang der Männer, Jubeln der Frauen — überwältigend — ein Paar unter winkt — alles mäschenstill — er winkt wieder — der Jubel braust weiter. Kein Kapellmeister beherrscht so feine Orchester, wie ein schlächter Bahnbeamter jene Virtuosen des Volksjubels. Wohlthätig, es muß herrlich sein im Lande Nebedani.“

Aber nun gar die Tage in Damaskus. Die Superlativen langen nicht mehr aus, um den Glanz zu schildern. „Wenn wir schon auf der ganzen Reise von Beirut an über die ungewöhnliche Begeisterung des Volkes gewundert hatten, so reicht dies Alles nicht an das heran, was uns in Damaskus erwartete.“

Selbst ein Fußbad schenkt man nicht, wenn es gilt, den Gefühlen Ausdruck zu verleihen:

Zwischen Ehrenportien, Fahnenmasten, Girkunden und unübersehbarer Menschenmassen in orientalischen Trachten zogen wir langsam zur Stadt, eine Zeit lang an dem von niedrigen Mauern eingedämmten, etwa sechzig Fuß breiten und jetzt nur zwei bis drei Fuß tiefen Parada entlang, dessen jenseitiges Ufer ebenfalls mit Schaarlustigen überfüllt war. Hunderte von ihnen sprangen, als sie den Jubel an dem gegenüberliegenden Ufer bei dem Vorbeiziehen der Majestäten hörten, in den Fluß und drückten ihn in ihren langen Gewändern, um das Kaiserpaar zu sehen. Die ganze Stadt, welche, wie der Gouverneur uns sagte, heute fast eine halbe Million Menschen umschloß, war wie alarmirt.“

Also Deutschland steht nicht allein mit China — auch die Schweiz weist uns! Sehr schmeichelhaft heiläufig für die Schweiz. Doch was sollen wir von der Unwissenheit der „Post“ sagen! „Ausweisungen“ kommen in allen Staaten der heutigen Welt vor, Ausweisung und Ausweisung ist aber zweierlei und vielerlei. So wenig der Steuereinnahmer und der Taschendieb auf eine Stufe gestellt werden können, weil beide den Leuten das Geld aus der Tasche nehmen, ebenso wenig kann man den Staat, welcher sich die von anderen Staaten gezüchteten und ihm auf den Hals gehetzten Verbrecher vom Hals hält, mit einem Staate vergleichen, der harmlose und unbescholtene Menschen andreibt, bloß weil sie einer anderen Rationalität angehören. Die Schweiz ist in den Ausweisungen unzweifelhaft zu weit gegangen, allein hauptsächlich doch deshalb, weil sie sich von auswärtigen Regierungen, darunter oben die deutsche, ins Hochorn jagen ließ. Die Ausweisung von unbescholtene Menschen, bloß deshalb, weil sie einer fremden Rationalität angehören, hat in der gesitteten Welt allezeit als Barbarei gegolten, und die Schweizer Ausweisungen, welche die „Post“ zur Entlastung der deutschen Regierung angeführt hat, dienen umgekehrt noch zur weiteren Belastung der deutschen Regierung, deren Schuldkonto sie beschwören. Die „Post“ aber möge des schönen Versprechens gedenken: „Hättest Du geschwiegen still, und den Mund gehalten sein!“

Statistik der Ausweisungen. Ueber den Umfang der Ausweisungen aus Norddeutschland hat der „Herald“ eine Zusammenstellung aufgemacht. Danach sind in der Zeit vom 2. Februar bis 5. Dezember 1898 rund 300 Personen von den Ausweisungen in Norddeutschland betroffen. Direkt wurden ausgewiesen 115 Männer, 57 Frauen und 45 Kinder. Nach erhaltener Vorladung betreffs Ausweisung sind ferner 55 Personen (34 Männer, 18 Frauen und 3 Kinder) abgereist, ohne erst eine Ausweisung abzuwarten. Die Anzahl derjenigen, die, ohne formell ausgewiesen zu sein, nachdringlich ihren Verfolgern nachsahen, beläuft sich auf 7 Frauen und 26 Kinder. Die gesammte Anzahl der von der störrischen Ausweisungspolitik Betroffenen stellt sich somit auf 305 Personen. Vom 5. Dezember bis Jahreschluss ist diese Zahl noch erheblich gestiegen. Unter den Ausgewiesenen waren 73 Stuecke, 52 Mädchen, 8 Wittwen, 18 verheiratete Landarbeiter, 16 Lehrlinge und Dienstmädchen, 6 Meisters, 8 Kommiss, 4 Maurer, 8 Schriftfeger, 10 Handwerksgehilfen, 1 Bettwarter, 1 Pächter, fünf Küster, 1 Gastwirth und 1 Grosshändler. Die übrigen 103 Personen waren verheiratete Frauen und Kinder.

Politik in Kriegervereinen zu treiben, wird in aller Form vom Vorstand des Anhaltischen Kriegerverbandes verlangt, und zwar handelt es sich um einen organisierten Kampf gegen die Sozialdemokratie. Im Einverständnis mit der herzoglichen Regierung erklärt der genannte Verbandsvorstand in einem Rundschreiben, die Ansicht sei grundfalsch, daß die Statuten der Kriegervereine ein Hindernis auf das politische Gebiet verbieten. Die durch die Satzungen geforderte Pflege, Beschäftigung und Stärkung des Geistes der Kreise gegen Kaiser, Landesherren und Vaterland, die Förderung des nationalen Bewußtseins, die Erinnerung an den Kreuzthron u. s. w. schaffen den Vereinen die rechtliche Grundlage für ihr Verhalten in allen politischen Fragen, die das monarchische und vaterländische Interesse berühren; die Vereine seien berechtigt und daher verpflichtet, Stellung zu nehmen gegen alle sozialdemokratischen Lügen und Irrthümer, soweit sie auf politisch-nationalem Gebiete lägen. „Darum auf zum Kampf gegen sie und die Waffen in die Hand.“

Obwohl das Rundschreiben im Gegensatz zu den „politisch-nationalen“ Zielen der Sozialdemokratie die „theilweise Berechtigung ihrer Reformbestrebungen auf wirtschaftlichem Gebiet nicht bestritt“, soll ferner doch die Zugehörigkeit zu einer die Hebung der wirtschaftlichen Lage erstrebenden Organisation, zu Verbänden, Gewerkschaften, Gewerkschaften und Arbeiterverbindungen, die den sozialdemokratischen Stempel nicht ausgeprägt an der Stirn tragen, aber unter verborgen gehaltenen sozialdemokratischen Flagge segelten, zur Mitgliedschaft eines Kriegervereins unwürdig machen.

Wir haben nun nicht das Geringste dagegen einzuwenden, daß auch die den Kriegervereinen angehörenden Männer für ihre politischen Ueberzeugungen eintreten — auch wenn die ihnen empfohlene Politik der bare Unfug wäre. Aber wogegen wir uns wenden, und was jeden rechtlich Denkenden empören muß, das ist die parteiische Behandlung der politischen Vereine. Während man unseren Vereinen, sofern sie wirklich oder nur scheinbar „politisch“ sind, den Zusammenschluß verbietet, muntert man die in fremden Verbänden organisierten Kriegervereine von oben herab geradezu auf, sich in den politischen Kampf zu begeben. Wenigstens sollten die „Krieger“ nicht so feig sein, sich eines solchen Privilegiums zu bedienen, sondern sie sollten dafür sorgen, daß auch ihren politischen Gegnern dieselbe Bewegungsfreiheit auf dem Kampfplatz eingeräumt würde, wie sie sie genießen.

Man denke: a la r m i t t! Und bei Alledem wieder die erstaunliche Dressur: Mit der vom Generalgouverneur geleiteten militärischen Jucht, Ordnung und Pünktlichkeit herrschte bald nach 9 Uhr Ruhe und Stille in der ganzen Stadt. Wo sonst in der Welt hat man das Auf und Ab der Gefühle so am Schnürchen wie in der Stadt, da einst aus einem Saulus ein Paulus ward?

Die angenehmen Hörenempfindungen, die krausender Jubel auf den Höhen der menschlichen Gesellschaft erragen soll, wurden auch in Damaskus nicht beeinträchtigt durch schlimme Rassen- und Augenreizungen. Man fährt zur Wölche der Omajjaden.

Die gesammte Bevölkerung bot dasselbe bunte und lärmende Bild wie bei dem Einzuge. Straßen, Häuser und Bazare von einer Samerkheit, daß die Herren, welche vor einigen Wochen hierher vorausgereist waren, sie kaum wieder erkannten. Es fehlte die sonst die Gassen stopfenden Karawanen von Kameelen und Maulthieren, die umherziehenden jährlichen Verkäufer, die sich wild durcheinanderdrängenden Orientalen, vor Allem die große Zahl Armer und Krüppel; es fehlte die widerlichen zahllosen Günde, der Schmutz und die Unordnung — und damit der größte Theil des echt orientalischen Bildes; Alles stand, wie bei einer Parade, wohin wir kamen, still und abgepasst; nur brausender Jubel, wie man ihn wohl noch niemals gehört, ertönte.

Etwas anders geartet ist die Begeisterung in der Gegend der Bazare:

Die uns seither entgegen getretene vornehme, bescheidene muschamedanische Zurückhaltung und Bescheidenheit finden wir hier nicht und oft genug theilten die begleitenden Polizisten umherschreitend, aber meist mit stiller Resignation aufgenommenen Diebe aus. Trotzdem war die Ordnung, welche in diesem Menschengewirr aufrecht erhalten wurde, erstaunlich.

Wie weit ist man bei uns noch von dieser stillen Resignation entfernt, obwohl mancherlei Anzeichen darauf hindeuten, uns zu older Jugend zu erziehen!

So bewundernswürdig die Muhammedaner dem Freiherrn v. Mirbach erschienen, so wenig gefallen ihm die Griechen. In einem griechischen Hause hielt ein junger Herr „eine lange, schwülstige französische Lobrede“ auf den Kaiser, und Herr Mirbach mißbilligt es stark, daß nach gethener Arbeit die praktischen Griechen baaren Lohn forderten, indem sie um ein „enormes Geldgeschenk“ baten. Beachtenswert ist es, daß es für den Oberhofmeister auch „schwülstige“ Lobreden giebt, das sind wohl solche, die man sich hernach bezahlet läßt.

Von einem ausgezeichneten Hof hören wir. Ein Scheich schenkte der Kaiserin einen stolzen Schimmel. Die Kaiserin nahm das Geschenk nicht an, sondern theilte dem Spender nur nach orientalischer Brauch mit, daß sie das Thier gestreichelt und geliebt habe. Trotzdem blieb der Scheich traurig.

Das neue Jubelüberfischungsgesetz hat in den Ausschüssen des Bundesraths mehrfache Abänderungen erfahren und wird schließlich in vierzehn Tagen an den Reichstag gelangen.

Zu den gewagtesten diplomatischen Kombinationen fährt der Besuch des Kaisers beim französischen Votschafter. Dem in Brüssel erscheinenden satirischen Blatte „Patriote“ wird aus Paris berichtet: „Der neuliche Besuch Kaiser Wilhelms beim französischen Votschafter in Berlin hat zu vertraulichen, diplomatischen Verhandlungen zwischen Berlin und Paris geführt, die einen sehr freundlichen Charakter tragen. Der Besuch Kaiser Wilhelms im französischen Votschafterpalais war durch den vorhergegangenen Besuch des Marquis de Noailles im Potsdamer Stadtschloß veranlaßt worden. Im Pariser Auswärtigen Amt glaubt man, daß der Kaiser dem französischen Votschafter gegenüber sich dahin ausgesprochen habe, Deutschland verfolge eine exklusive Friedenspolitik, wenn Frankreich dasselbe Ziel verfolge, dann könnten die Unterhandlungen zwischen Paris und Berlin vortreffliche Resultate zeitigen. Deutschland brauche den Frieden, um seine geschäftlichen und industriellen Operationen auszuführen. — Unter diesen Umständen, so meint das genannte Blatt, sei es unthun von England, Frankreich gegenüber den gegenwärtigen Zustand zu stören.“

Der sozialpolitische Kurs des Grafen Posadowsky wird wieder einmal über die Maßen gelobt — allerdings nur von der Essener Handelskammer. Es heißt in deren Jahresbericht unter Anderem:

„Ferner haben wir der Ansicht Ausdruck gegeben, daß, wenn die materiellen Interessen der Bevölkerung gefördert werden sollen, es nicht darauf ankomme, daß fortgesetzt neue sozialpolitische Gesetze geplant und in überstürzter Hast zur Verabschiedung gebracht werden, sondern darauf, daß dem Volke Zeit gegeben wird, sich mit den vorgehenden gesetzgeberischen Bestimmungen einzuleben und daß das Augenmerk darauf gerichtet werden muß, diese, wo es notwendig erscheint, weiter auszubauen. . . Gleichzeitig möge dem Wunsche und der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die Regierung in ihrem Entschlusse, mit weiteren Maßregeln sozialpolitischen Charakters nur in gemäßigtem Tempo und unter vorläufiger Abwägung aller in Betracht kommenden Interessen vorzugehen, sich durch das stürmische Drängen von gewissen Seiten nicht beirren lassen möge.“

Es wird dann noch ausdrücklich den zum Rückzug in der Sozialpolitik bläsenden Erklärungen des Grafen Posadowsky zugestimmt. Wir meinen, deutlicher kann der gegenwärtige sozialpolitische Kurs nicht geschildert werden, als daß er die volle Zustimmung der rheinischen Großindustriellen erhält. Doch die Regierung wird mit diesem Einverständnis sehr zufrieden sein. Auf die Zufriedenstellung der Arbeiterbevölkerung legt sie eben keinen Werth.

Der Bund der Landwirthe hat auch vor den Thoren Berlins seine Götter. In der zu Pankow erscheinenden „Neuen Vorortzeitung“ liest man:

Der Bund der Landwirthe beabsichtigt, am Donnerstag, 12. Januar, Nachmittags 6 Uhr, im Jahn'schen Lokale hierseits eine Versammlung abzuhalten, wozu hiermit einladet.

Der Gemeindevorsteher Witte.

Der Bund darf mit großen Erwartungen nach Pankow gehen, wenn in dieser Stadt an amtliche Verlautbarungen erinnernden Form für ihn agitiert wird.

Herbert Dieckhoff wurde am Donnerstag vom Kaiser in Berlin empfangen, um die Orden seines verstorbenen Vaters zurückzuliefern.

Glue knifflige Frage. Der „Wunzlauer Generalanzeiger“, in dessen Töpfen gut agrarische Kost gekocht wird, verzehnet das Erscheinen des von Bund der Landwirthe herausgegebenen Kalenders unter der Rubrik „Unglücksfälle und Verbrechen.“ Was ist nun der Kalender: ein Unglücksfall oder ein Verbrechen? Es kommt zur Verantwortung der Frage darauf an, ob man die Dummheit als ein Verhängnis, für das man nichts kann, ansieht, oder als eine Schuld, für die man verantwortlich ist. Wir neigen zur milderer Auffassung.

Schutz vor Schulknechten. Aus Straßburg i. E. schreibt man uns: Die hiesige kaiserl. Polizeidirektion sah sich veranlaßt, den Kriminalhauptmann Müller, der vor einigen Wochen einen angelegenen Bürger, den Kaiserföhderer Schrey, in einem großen bayerischen Bierlokal ohne jeden Grund schwer beschimpft und thätlich beleidigt hatte, seines Dienstes zu entheben.

Der Polizeibericht vom Mittwoch meldet u. A. lakonisch: In der Klinik wurde ein Bürger aus dem Vorort Rupprechtshaus behandelt, dem ein Schupmann ein Ohr abgehauen hatte.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Kennerungen unflätiger Natur, welche der 25jährige Wübbepolier Richard Jünger mit Bezug auf den Kaiser und Mitglieder des landesherrlichen Hauses angebracht hatte, führten ihn gestern unter der Anklage der Majestätsbeleidigung vor die 4. Strafkammer des Landgerichts I. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Oeffent-

hoch her ging, es bei dem Saladin-Diner. Die Bevölkerung war in größter Erregung und voll von Begeisterung. . . Die vieltausendköpfige Menge erhob ihr unablässiges Juraufen, die vom Feuer und Lärm unruhigen Pferde schrieen und wieherten. Bei der Tafel hielt ein vornehmer junger Araber eine Lob- und Dankesrede auf die Majestäten. „Es ist hier eine Art Sport der vornehmen jungen Leute. . .“ sich im Reden gründlich zu üben.

Von der Rede, die der Kaiser über Saladin, den Heerführer und Ritter ohne Furcht und Tadel hielt, waren die Türken tief ergriffen. Wohl noch niemals mögen von so hoher Stelle Worte von solcher Bedeutung und Wärme an ihr Ohr gedrungen sein, im Gegentheil, sie sind gewöhnt, von den Großen dieser Welt, namentlich von den Fremden, viel Hartes zu hören. Manche Thräne perlte aus den dunklen Augen auf die gebräunten Wangen.

Die Abreise am 10. November Vormittags gestaltete sich ebenfalls imponant wie unsere Ankunft, nur daß man bei dem herrlichen Sonnenschein des Tages noch mehr sah und noch mehr kannte. Größeren Jubel und bewegteres Leben haben wir selbst bei dem Einzuge 1871 nach dem Kriege in Berlin nicht gehört und gesehen. Der allerdings tiefe Unterschied zwischen damals und heute lag in den gewaltigen, erhebenden Gefühlen des Herzens.

Die Gefühle des Herzens — daran fehlt's eben im kalten Norden!

Die Tempelinnen von Saalbel wurden prächtig illuminiert. Eine große Marmortafel wurde enthüllt, welche den Besuch des Kaisers und der Kaiserin fernern Gesandten und Fürsten soll. — Den Text erfahren wir leider nicht.

Herr v. Mirbach schloß seinen Vortrag mit einer höchst überraschenden Moral von der Gesichte:

„Möchten doch recht viele Deutsche so schöne, interessante Reisen in das Ausland machen! Wie viele würden dann auch erleben lernen, daß man es so schön und so gut, wie es bei uns ist, nirgends wiederfindet. . . Der Herr hat Großes an uns gethan, daß wir frohlich.“

Das ist fürwahr eine verblüffende Schlusspointe. Bei uns soll es schöner und besser sein, obwohl wir auf dem Gebiete der Begeisterungsadressen, abgesehen von dem publizistisch um den Schwarzen Adlerorden ringenden Chef des „kleinen Journals“, doch erst in den dürftigsten Anfängen stehen?

Nun Herr v. Mirbach ist wohl der Meinung, daß wir auch noch das Empfangsjodeln lernen werden. Seine Schlusspointe ist daher die Anektamenten unseres guten Willens und unserer vielen Mähe, die Gefühle des Herzens zu orientalisieren.

Herrn Mirbach's drei Palästina-Vorträge aber sind ein wichtiges Blatt in der Kulturgeschichte Reichspresens am Ausgang des 19. Jahrhunderts! —

lichkeit stattfand, endete mit der Verurtheilung des Angeklagten zu neun Monaten Gefängnis, wobei der Vorstehende betont, daß der Gerichtshof eine Gefängnisstrafe von mehreren Jahren verhängt haben würde, wenn der Angeklagte nicht ein so unglücklich roher Mensch wäre, dessen Kennerungen ein besonderes Gewicht nicht beizulegen sei.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Forderungen der ungarischen Opposition. Die ungarische Opposition sah ihre Forderungen in folgenden vier Punkten zusammenfassen:

1. Die Opposition bewilligt ein **Ausgleichsprovisorium** für sechs Monate, so wie es von der Regierung gefordert wird. Sie hat auch gegen die Durchführung des definitiven Ausgleiches nichts einzuwenden, wenn derselbe in Oesterreich auf verfassungsmäßigem Wege zu Stande kommen kann. Sollte jedoch in Oesterreich die verfassungsmäßige Durchbringung der Ausgleichsvorlagen unmöglich sein, so hat die Opposition auch dagegen nichts einzuwenden, daß der gegenwärtige Zustand auf der rechtlichen Grundlage des selbständigen Zollgebietes bis 1903 erhalten werde. Von diesem Zeitpunkt an würde Ungarn bei den Verhandlungen den auswärtigen Staaten gegenüber als selbständige wirtschaftliche Individualität zu gelten haben. — 2. Die Opposition fordert die Durchberatung und Befestigung des Entwurfes über die Wahlgerechtigbarkeit der königlichen Kurie. — 3. Sie fordert die Revision des Wahlgerechtes lediglich im Sinne einer Ausgleichung der jetzt bestehenden Ungleichheiten des Zensus, ohne auf eine Erhöhung oder Herabsetzung des Zensus einzugehen und ohne eine Reineintheilung der Wahlbezirke. — 4. Sie fordert die strikte Durchführung des bestehenden Inkompatibilitäts-Gesetzes.

Außerdem verlangt die Opposition unbedingt den Rücktritt **Banffy's** und aller Mitglieder seines Kabinetts, ist aber nicht gegen die Aufnahme einzelner bisheriger Minister in ein neues Kabinet. Der künftige Ministerpräsident müsse Garantien für eine günstige politische Fortentwicklung Ungarns bieten. Die Handelsverträge mit fremden Staaten seien in Zukunft durch die Minister separat für Ungarn und Oesterreich abzuschließen. —

Spanien.

Madrid, 12. Januar. („Post, Ita.“) General Misol kauft, er hoffe, bald die Freilassung der Zivilgefangenen an den Philippinen zu erlangen; er werde hierauf auch die der militärischen nachsuchen. Die Philippiner verlangen 25 Millionen Pesetas für Verpflegungskosten der Gefangenen. Die Regierung ist geneigt, diese oder eine noch größere Summe zu zahlen, um die sofortige Freilassung Aller zu erwirken, und kauft in diesem Sinne nach Manila. —

Türkei.

Von der Insel Areta wird gemeldet: Der Oberkommissar Prinz Georg hat an die in Skandia sich aufhaltenden Flüchtlinge eine Proklamation erlassen, in der er sie auffordert, zu ihren im Innern der Insel befindlichen Besitzungen zurückzukehren oder die Insel zu verlassen. — Es ist eine neue Kommission eingesetzt worden, die sich mit dem Gerichtsweesen befassen soll. —

Amerika.

Die Philippinenfrage im amerikanischen Senat. Die Trauben erscheinen den Amerikanern nun doch zu sauer, und man will von einer gänzlichen Annexion der Philippinen absehen. Im Weihen Hause zu Washington erklärte der Senator Foraker, wie man annimmt, den Ansichten Mac Kinley's Ausdruck gebend, die Vereinigten Staaten seien entschlossen, die Philippinen so lange in Besitz zu nehmen, bis die Bewohner im Stande seien, die Regierung selbst zu führen. Wenn auch die Vereinigten Staaten volles Recht hätten, die Philippinen dauernd zu behalten, so erstrebe dies doch weder Mac Kinley noch irgend ein Mitglied des Senats. Auf die Frage, weshalb mit den Philippinen nicht ebenso verfahren werden könnte, wie mit Kuba, erwiderte Foraker, bei der kubanischen Frage kämen nur die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Spanien in Betracht, während bei den Philippinen andere Komplikationen in Frage kämen, aber die nur in einer geheimen Sitzung des Senats Aufschluß gegeben werden könnte.

Die im Uebrigen annexionslustigen Amerikaner scheuen also wohl die diplomatischen Einsprüche der in Ostasien interessierten europäischen Mächte. In derselben Sitzung des Senats brachte Senator Bacon einen gemeinsamen Beschlus Antrag ein, in welchem erklärt wird, der Krieg gegen Spanien sei nicht geführt worden, um fremdes Land zu erobern oder zu erwerben, sondern einzig zu dem Zweck, den Beschlus des Kongresses durch den der Krieg erklärt wurde, durchzuführen. Die Vereinigten Staaten erkennen daher an, heißt es in dem Beschlusantrage, daß die Bevölkerung der Philippinen frei sein solle, verwerfen die Einrichtung, dort Souveränitätsrechte auszuüben und geben den Entschlus kund, unter vorläufigen Bedingungen Regierung und Kontrolle der Inseln den Philippinos zu übertragen. —

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission

des Reichstages wurde heute die Verathung des **Marine-Etats** fortgesetzt. Vor Eintritt in die Tagesordnung giebt Staatssekretär Tirpitz nähere Auskunft über die Bemühung fremder Seelarten. Eine solche sei bei allen Nationen üblich und durchaus kein „Anerkennung der Diebstahl“. Die Anerkennung der deutschen Seelarten sei im Steigen. Welche Bedeutung übrigens das Kartennaterial für die Kultur habe, beweise die Thatsache, daß die englischen Karten, die über die ganze Welt verbreitet sind, viel zur Verbreitung der englischen Sprache beigetragen haben.

Bei Besprechung des **Indiensthaltungspaus** der Flotte bemerkt Referent Dr. Lieber, daß sich alles in den Grenzen des Flottengesetzes gehalten habe. Der Auslandsdienst der Flotte sei in Folge der politischen Ereignisse vergrößert worden und fast voll besetzt. Das sei mit Freuden zu begrüßen.

Die meisten Positionen werden ohne jede Debatte bewilligt. Ueber die Vertheilung der von der Prüfung ausgeschlossenen Marinezeichner referirt nochmals Dr. Lieber. Die Angelegenheit wird für erledigt erklärt.

Schließlich wird der ganze Etat, ohne daß irgend ein Abstrich erfolgt, genehmigt. Die Verathung des **Marine-Etats**, die in früheren Jahren gegen acht Tage in Anspruch zu nehmen pflegte, ist somit in zwei Sitzungen zu Ende geführt worden. Zum Referenten für das Plenum wird Dr. Lieber bestellt. — Morgen tritt die Kommission in die Verathung des **Post-Etats** ein. —

Im Reichstage soll versucht werden, am Freitag die Verathung der Militärvorlage zu Ende zu führen. Dann würde der Sonnabend Sitzungsfrei sein und am Montag mit der Verathung des **Etats** des Reichstages begonnen werden, an die sich dann sofort die Verathung des **Etats** für das Reichamt des Innern anschließen würde.

Landtag. Außer dem Einführungsgezet zum Bürgerlichen Gesetzbuch werden dem Landtag auch ein Entwurf über die freiwillige Gerichtsbarkeit, sowie Vorlagen gegeben, betreffend die ärztlichen Ehrengerechtigten und über die Beibehaltung der schlesischen Guts-herrschaften an der Aufbringung der Schulden. —

Eine wirtschaftliche Vereinigung soll auch im Abgeordneten-hause nach dem Muster derjenigen im Reichstage gebildet werden. Bisher ist die geplante wirtschaftliche Vereinigung im Reichstage noch nicht zu Stande gekommen.

Partei-Nachrichten.

Auf dem Parteitag für die Provinz Hannover, der am vorigen Sonntag in Peine abgehalten wurde, waren 9 Wahlkreise durch zusammen 33 Delegirte vertreten. Abgeordneter Meister gab den Bericht über die Thätigkeit der Agitationskommission in den beiden letzten Jahren. Eine Stelle des Berichtes beansprucht besonderes Interesse. Meister führte aus:

Ein uns als braver Genosse und als ehrlicher und fleißiger Mensch bekannter, vollständig unbefehlter Mann soll angeblich im Interesse einer Partei-Angelegenheit, herrührend von einer Flugblatt-Verbreitung, einen Meineid geleistet haben und muß dafür drei Jahre Zuchthaus verbüßen. Diejenigen, welche den Genossen näher kennen, trauen ihm unter keinen Umständen die ihm zur Last gelegte Handlung zu, auch seine Arbeitgeber nicht, was gewiß viel heißen will, und wir sind deshalb der festen Ueberzeugung, daß der Genosse unschuldig im Zuchthause sitzt. Der Fall ist eine Erscheinung, wie sie öfter in unserer Zeit zu Tage tritt und wir können hieraus wieder lernen, wie vorsichtig und gewissenhaft gerade unsere Genossen bei der Agitation zu Werke gehen müssen.

Veranstaltungen sind von der Agitationskommission veranlaßt worden: im Jahre 1897: 51, im Jahre 1898: 112. Von der periodischen Agitationschrift „Die Rundschau“ wurden in den beiden Jahren 132 400 und 190 500 Exemplare vertheilt. Ferner wurde im letzten Jahre zum ersten Male ein Kalender und zwar in einer Auflage von 42 000 Exemplaren vertheilt. Dem Beschlusse des früheren Provinzial-Parteitages, wonach die Orte 10 pCt. ihrer Einnahmen an die Agitationskommission abzuführen sollten, damit dieser Gelder für die Agitation zur Verfügung ständen, sind im Jahre 1897 nur 7 Städte und im letzten Jahre nur 3 nachgekommen. Im Ganzen betragen die Einnahmen aus den 10 pCt. der Lokaleinnahmen 1234,40 M. Davon sind nach Abzug der Ausgaben noch rund 400 M. übrig geblieben.

Ueber die Reichstagswahlen berichtete Breh aus Hannover. Wir könnten mit dem Ergebnis in der Provinz Hannover, abgesehen von 2 oder 3 Kreisen, zufrieden sein. Wenn trotz des Zuwachses von 16 000 Stimmen keine neuen Mandate erobert wurden, so liegt das daran, daß bei den Stichwahlen, wo wir in Frage kamen, die bürgerliche Opposition versagte, während dort, wo Kandidaten der bürgerlichen Opposition in der Stichwahl standen, sie in Folge der musterhaften Haltung unserer Parteigenossen überall gewählt wurden. Redner empfahl die Gründung von Wahlvereinen an allen Orten, wo dies möglich, dadurch werde ein Stamm von zielbewussten Parteigenossen großgezogen werden.

Kauch aus Limmer sprach über das Ergebnis der preussischen Landtagswahlen. Er bezeichnete den Ausfall der Wahl in Hannover-Vindeln als über Erwarten günstig. Kein Flugblatt sei verbreitet, keine Versammlung abgehalten worden, und dennoch ein solches Resultat! Es sei geboten, in Zukunft mit allen Kräften in die Landtagswahl-Bewegung einzugreifen. Ewers aus Hildesheim wandte sich gegen Rauch und verteidigte den ablehnenden Standpunkt der Hildesheimer Genossen. Auf Antrag Breh's wurde dann Schluß der Debatte beschlossen und festgestellt, daß vor den nächsten Landtagswahlen ein Provinzial-Parteitag abzuhalten ist, der sich mit dieser Angelegenheit eingehend befassen sollte.

Von den übrigen Beschlüssen seien erwähnt, daß der Provinzial-Parteitag künftig aller zwei Jahre im Monat Februar abgehalten werden soll, und daß der Sitz der Agitationskommission in Hannover belassen wurde. Als Mitglieder der Agitationskommission wählte man: Meister, Breh, Rauch, Lohrberg und Düvel.

Von einer neuen Art des „sozialdemokratischen Terrorismus“ hatte jüngst die „Kreuz-Zeitung“ fabuliert. Danach sollten im Rheinland die Sozialdemokraten des Sonntags an den Kirchen Posten aufstellen, um zu kontrollieren, ob etwa ein Parteigenosse sich am Gottesdienste betheilige. Der „Rheinischen Zeitung“ in Köln ist nun von einem Leser eine sehr amüsante Aufklärung darüber gegeben worden, wie der Gewährungsmann der „Kreuz-Zeitung“ zu seiner Behauptung gekommen sein mag. Der erwähnte Leser der „Rheinischen Zeitung“ schreibt:

„Gestatten Sie mir als geborenen Kölner und Katholiken eine, wie ich denke, richtige Erklärung für das Postenstehen an den Kirchenthüren und in den angrenzenden Straßen vor und nach dem Gottesdienste zu geben. Als wir noch jung waren und noch keine Sozialdemokraten kannten, nannten die Kölner schon die um halb 12 Uhr stattfindende Messe allgemein auf gut Kölnisch: „de Karsmesse“. Wir als liebebesuchungsfähige Jünglinge und Jungfrauen versprachen uns, vor, während oder nach dieser Messe uns zu treffen, und warteten in der Nähe des Einganges zum Dome auf unsere Liebsten, natürlich meistens hinter dem Rücken der Eltern und Vormünder. Selbstredend waren andere Kirchen, Weissen und ältere Jahrgänge der liebebedürftigen Mäulein und Weiblein nicht ausgeschlossen, wenn dem Rufe des Herzens Folge geleistet wurde. Wie früher, wo es noch keine Sozialdemokraten hier gab, so wird es wahrscheinlich noch heute gehandhabt werden. Bestimmt weich ich es nicht, doch denke ich heute noch manchmal mit Freude an die schöne Zeit der „frommen Liebe“ zurück.“

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Redakteurs August Müller von der Magdeburger „Vollstimme“, die derselbe gegen ein Erkenntnis des Magdeburger Landgerichts eingeleitet hatte, wonach er wegen Verleumdung eines Wahlvorstehers im ostpreussischen Kreise Heydeburg zu 4 Wochen Gefängnis verurtheilt ist. Es handelte sich um einen Artikel, worin gesagt war, der Wahlvorsteher habe jeden Wahltettel geöffnet, ehe er ihn in die Urne legte; als festgestellt ist dagegen erachtet worden, daß der Wahlvorsteher nur geprüft hat, ob nicht zwei Stimmzettel in einen zusammengefallen waren.

Eine Zeitung darf jetzt endlich der gefangene Redakteur Meyer in Halberstadt lesen. Man bewilligte ihm großmüthig das „Halberstädter Intelligenzblatt“.

Dem Prozeß gegen den Braunschweiger „Vollstremd“, über dessen Ergebnis in gestriger Nummer kurz berichtet worden ist, lag folgende Anlage zu Grunde: Der Redakteur Heymann habe in einer Verammlung am 29. November und dann in dem Bericht, den er über diese Verammlung im „Vollstremd“ veröffentlichte, gegen den braunschweigischen Staatsminister v. Otto den Vorwurf erhoben, daß dieser in der Angelegenheit eines Vorkommens Braunschweig-Schöppenstedt den Privatinteressen eines angeblichen Verwandten Einfluß auf ihn obliegende amtliche Entschlüsse eingeräumt hätte und zwar einen solchen Einfluß, durch welchen berechnete Interessen anderer Personen beachtet worden seien. Der Angeklagte hatte in seinem Referat die Interesslosigkeit und Gleichgültigkeit des Bürgerthums getadelt, welches sich um Fragen der Verwaltung nicht kümmere, denn sonst hätte man über den von ihm zu schildern Vorgang etwas erfahren müssen. Er sagte dann, daß von Braunschweig nach Schöppenstedt über Rautheim-Siedte eine Kleinbahn gebaut würde, zu der die Vermessungsarbeiten bereits stattgefunden, woraus zu entnehmen sei, daß die Arbeit bereits vergeben sei. Von einer öffentlichen Ausschreibung des Bahnbaues habe man aber nichts gehört. Die den Bahnbau ausführende Firma Lenz u. Comp. bediene sich dabei der Truppen des Eisenbahn-Regiments. Als eine bemerkenswerthe Thatsache stellte der Angeklagte dann hin, daß sich in dem Ausschüßrathe der Firma ein Herr v. Schwarz befände, der ein Vetter des Ministers v. Otto sei. Im weiteren Verlauf seiner Rede sprach der Angeklagte dann die Meinung aus, daß, wenn im Landtag niemand in diese Fragen der Verwaltung Einsicht nähme, seine Partei in den Landtag hineingehöre. Es wäre keine Bahrung des Allgemein-Interesses, derartige Arbeiten ohne öffentliche Ausschreibung zu vergeben und braunschweigische Arbeiter durch Mannschaften des Eisenbahn-Regiments drohen zu machen.

Der Angeklagte hat in seiner Klagebeantwortung u. A. hervorgehoben: Er habe die Behauptung, daß v. Otto bei der Bewilligung der Eisenbahntuppen amtlich mitgewirkt hätte, garnicht aufgestellt, auch nie aufstellen können, da ihm bekannt sei, daß eine der-

artige Bewilligung von militärischen Instanzen abhängig sei. Die behaupteten Thatsachen seien ihm zuerst in einem von ihm den Akten beigelegten anonymen Briefe zur Kenntniß gebracht worden, und seine Recherchen hätten dann die Richtigkeit der Behauptungen ergeben.

Als Zeuge war Seitens des Angeklagten der Direktor der Kontinental-Eisenbahngesellschaft zu Berlin, Herr Hiedemann, beantragt und geladen worden. Herr Hiedemann hat aber der Vorladung nicht Folge geleistet.

Die Beweisaufnahme ergab zumeist die Richtigkeit der vom Angeklagten aufgestellten Behauptungen, aber nicht, daß der Minister v. Otto seinen amtlichen Einfluß zu Gunsten der Interessen des Herrn v. Schwarz geltend gemacht hätte.

Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten auf Grund des § 186 des Str.-G.-B. für jeden Fall der Verleumdung 3 Monate, zusammen 5 Monate Gefängniß. Das Urtheil lautete demgemäß.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Brauerei-Arbeiter! Sonntag, den 15. d. Mts., Mittags präzis 12 Uhr, findet im Saale der Aktienbrauerei Friedrichshain eine vom Kuratorium des Arbeitsnachweises einberufene Versammlung aller in Ringbrauereien arbeitenden und auch der im Arbeitsnachweise eingetragenen Arbeiter statt.

Zuerst soll über die abgeänderten Satzungen des Arbeitsnachweises Beschlus gefaßt werden, und daran werden sich unmittelbar die Wahlen für Arbeitnehmer-Mitglieder zum Kuratorium des Arbeitsnachweises der Ringbrauereien anschließen.

Brauerei-Arbeiter Berlins! Bedenkt die Wichtigkeit dieser alle zwei Jahre stattfindenden Wahl, erscheint vollzählig und pünktlich in dieser Versammlung und stimmt für die in der öffentlichen Brauerei-Arbeiter-Versammlung vom 29. vor. Mts. aufgestellten Kandidaten. Diese sind:

- I. Für Brauer: B. Richter und Wirth.
Erste Ersatzmänner: Bauer und Heider.
Zweite Ersatzmänner: Sigler und Tröger.

- II. Für Köchler, Maschinenisten, Schlosser etc. und sämtlicher Hilfsarbeiter: Lehmann und Bales.
Erste Ersatzmänner: Zurloff und Senftleben.
Zweite Ersatzmänner: Teylaff und Herrmann Karl.

Die Wahlen finden für beide Kategorien getrennt statt. Wir erwarten, daß ein jeder Brauerei-Arbeiter nur für diese Arbeitskollegen agitiren und stimmen wird, sowie am nächsten Sonntag pünktlich zur Stelle ist. — Wahltettel werden am Eingang zum Lokal vertheilt.

Achtung, Schuhmacher! Nachdem in der letzten Generalversammlung die Renewal des Vorstandes vollzogen wurde, übernimmt derselbe nunmehr alle in der Agitation zu erledigenden Arbeiten; die Agitationskommissionen lösen sich auf. In allen die Organisation betreffenden Angelegenheiten haben sich die Kollegen an untenstehende Adresse zu wenden. Die Karten zum Lokalfonds und die dazu gehörigen Quittungsscheine sind von Sonnabend, den 14. Januar, ab in den bekannten Abstellstellen zu haben. Wir eruchen die Kollegen, ihren Verpflichtungen gewissenhaft nachzukommen. Da der Beitrag zum Lokalfonds einige Zeit nicht erhoben wurde, so mögen die Kollegen an Stelle dessen Sammlungen für die Strefelder Weber veranstalten, damit diese auch von unserer Seite in ihrem gerechten Kampfe unterstützt werden. Für die Zahlstelle Berlin I des Vereins deutscher Schuhmacher: Carl Hermann, Weberstr. 6.

Deutsches Reich.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Köln haben die Gewerkschaften einen glänzenden Sieg errungen. Ihre Kandidaten wurden mit 3500 Stimmen Majorität gegen die Kandidaten der christlichen Vereine gewählt. Der Erfolg ist um so höher zu schätzen, da von den Gegnern große Anstrengungen gemacht wurden, die Gewerkschaften aus dem Felde zu schlagen.

Zur Lohnbewegung der Strefelder Weber. Wie der Vorschlag der Arbeiter, dem Einigungsamt des Gewerbegerichts die Entscheidung in dem Streit zu überlassen, von den Unternehmern aufgenommen werden wird, ist noch nicht sicher zu ermitteln. Nach der „Strefelder Zeitung“ sollen die Fabrikanten gewonnen sein, jede Vermittelung abzulehnen. Ist das der Fall, dann wird der Ausstand in den nächsten Tagen noch bedeutend an Ausdehnung gewinnen. Mit der Ablehnung des Vorschlages würden aber auch die Fabrikanten belunden, daß sie sich ihrer Sache nicht sicher fühlen und einem unparteiischen Schiedsgericht die Entscheidung nicht überantworten können. Die Arbeiter sprechen in ihrer Resolution offen aus, daß sie sich dem Schiedspruch fügen wollen, und es wird weiter die Forderung gegeben, daß sie die Arbeit aufnehmen, sobald die Unternehmer sich bereit erklären, vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Dieser Beschlus zeigt, daß man auf Seiten der Arbeiter gewillt ist, in der weitgehenden Weise die Hand zu einer Verständigung zu bieten. Nehmen die Unternehmer dieses Entgegenkommen an, dann ist es klar, daß sie den Streit wolle, um ganz bestimmte Zwecke zu verfolgen.

Eine Verammlung von Sammetwebern (Hausweber) der Ortsgruppe Hils, St. Hubert und Lönisberg (Orte in der Nähe von Arefeld) des Rheinisch-Westfälischen Verbandes christlicher Textilarbeiter fand in Hils statt. Webermeister Häsel gab in längerer Rede ein Bild von der Lage der Sammetweber, die eine recht teure sei. Ein fleißiger Arbeiter könne jetzt wöchentlich nur 11 M. verdienen. Damit eine Familie zu ernähren, sei doch nicht möglich. Nach eingehender Debatte beschlossen die Versammelten einstimmig, eine fünfzehnprozentige Lohnreduktion zu beantragen.

In Nürnberg ist in der Passauer Parkettboden-Fabrik wegen einer Lohnreduktion von 50 pCt. ein Streit ausgebrochen.

Unternehmer-Terrorismus. Die Allgemeine Wechlen-Gesellschaft Promethens, Gesellschaft mit beschr. Haftung zu Leipzig, hat in ihrer vom Rath der Stadt Leipzig geprüften und für zulässig befundenen Arbeitsordnung unter § 10 folgende Bestimmung: „Küper den gezeiglich vorgeschriebenen Entlassungsgründen ist für uns noch Grund zur sofortigen Entlassung: Die Mitgliedschaft beim Metallarbeiter-Verbände und die Wohnsitzung einer Verammlung desselben. Diese Arbeitsordnung ist am 27. Oktober 1898 vom hiesigen Stadtrath geprüft und für zulässig befunden worden und mit dem 1. November 1898 in Kraft getreten. Wohl selten wird dem den Arbeitern gezeiglich gewährtesten Koalitionsrecht so ungenirt Hohn gesprochen, wie es hier geschieht. Bei Strafe des Verhängens wird dem Arbeiter verboten, sein ihm zustehendes Recht, sich mit Leuten gleichen zu vereinigen, zu gebrauchen. Das ein derartiges Beginnen die hohe obrigkeitliche Genehmigung erhält, ist bezeichnend für die politische Atmosphäre, in der wir uns befinden. Die staatlichen Betriebe unter den verschiedenen Typen haben mit diesem System den Anfang gemacht und die Privatkapitalisten haben sich als Kopier anerkannt. Und was man dem Staat als Unternehmer zubilligt, kann doch dem Privatkapital unmöglich verweigert werden.“

Ausland.

In Stockholm befinden sich die Arbeiter der Reußlberfabrik Aktiengesellschaft A. Brofos im Streik. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Soziales.

Gegen den Erlaß eines Reichs-Berggesetzes hat sich der Vorstand der Deutschen Anknappschäfts-Vereinsgenossenschaft in einer Sitzung ausgesprochen, die im Monat Dezember v. J. in Berlin abgehalten wurde. Reichstags-Abgeordneter Direktor Hilb in Dorimund hatte die Erörterung dieser Angelegenheit angeregt. Wie das Fachblatt „Der Kampf“ berichtet, wurde in der Sitzung von allen Seiten, auch von den Vorstandsmitgliedern aus Bayern und Sachsen, die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit eines einheitlichen Berggesetzes ganz entschieden verneint. Eine Vereinheitlichung des für die einzelnen Staaten geltenden Berggesetzes würde man nicht ohne Weiteres vornehmen können und wollen, aus

der Verschiedenartigkeit erwache aber auch kein Nachtheil. Ein Bedürfnis zur Aenderung von bergrechtlichen Bestimmungen liege daher augenblicklich nicht vor, und sollte sich ein solches ergeben, dann könne dies sichtlich den Einzelstaaten überlassen bleiben.

Herr Hilb, der selber dem Bergbau angehört, ist natürlich nicht so naiv, daß er hätte annehmen können, der Vorstand der Anknappschäfts-Vereinsgenossenschaft werde sich für ein Reichs-Berggesetz entscheiden. Ebenso gut könnte man den Teufel bei seiner Großmutter verlagern. Herr Hilb wird das Wortum des Vereinsgenossenschaftsvorstandes nur eingeholt haben, um im Reichstoge wenigstens etwas gegen den für sich selbst sprechenden Antrag auf Erlaß eines Reichs-Berggesetzes vorbringen zu können. Die Zustände im Bergbau, insbesondere im preussischen, sind aber so himmelschreiend, daß vielleicht selbst von den Konservativen nur ein verschwindender Theil die Blamage wird auf sich nehmen wollen, auch in diesem Falle gegen die Verbesserung des Arbeiterschutzes offen aufzutreten.

Krankenversicherung. Der Kranken- und Begräbnis-Kasse des Verbandes deutscher Bureaubeamten zu Leipzig (E. G.) und der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipfer, Leihbinder und Studienteure Deutschlands, genannt „Grundstein zur Einigkeit“, (E. G.) in Altona, ist vom Reichstagskanzleramt von neuem die Beweismittel erteilt worden, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügen.

Reform des Schulunterrichts in Hamburg. Einen wichtigen Beschluß hat die hamburgische Schulynode gefaßt, indem sie der Regierung die Einführung der sogenannten Einheitschule empfahl. Grundlage der Einheitschule soll die fünfstufige Volksschule sein, an welche sich einerseits die dreistufige Ergänzungsschule, andererseits die höheren Schulen (Realschulen, Realgymnasium, Gymnasium, höhere Mädchenschule) anzuschließen hätten berart, daß der Uebergang von der Volksschule zur Ergänzungsschule einfach durch Beförderung, der in die höheren Schulen nach Ablegung einer besonderen Reifeprüfung vor sich gehen soll. Weiter schlug die Schulynode vor, daß der Unterricht in allen Schulen, auch den höheren, unentgeltlich erteilt werde, damit die Erwerbung einer höheren Bildung nicht mehr von dem Umfange des väterlichen Geldbeutels abhängig sei. Gerade die Lehrer der höheren Schulen traten in der Synode am eifrigsten für die Einheitschule ein.

Für die Einführung des fakultativen und unentgeltlichen Schwim- und Unterrichtes in den Volksschulen hat sich die Bürgerchaft in ihrer letzten Sitzung erklärt.

Die Angestellten der Leipziger Ortskrankenkasse haben die Gründung einer Pensionskassenzugang, Wittwen- und Waisenkasse beschlossen.

Die Wirren in Frankreich.

In den „Entstellungen“ Beaurepaire's hat bereits der Ministerrath Stellung genommen und beschlossen, eine Untersuchung vornehmen zu lassen. Es wird sich dann ja zeigen, was an den Behauptungen Wahres ist. Anlässlich der heutigen (Donnerstag-) Debatte in der Kammer richtete Beaurepaire einen Appell an die Deputirten, die er ermahnt, eine „feierliche Enquete“ anzunehmen. Mit einem großen Phrasenschwall sucht er sich als Beschützer des Rechts und der „lieben armen Offiziere“ aufzuspielen. Ganz ohne Eindruck ist sein patriotisches Phrasengebimmel freilich nicht geblieben, die Generalschüler glauben nun wieder ein neues Mittel gefunden zu haben, die Revision hinauszuschieben. Ihre Presse hat sich der Sache bemächtigt und es wird von ihr der kleinliche Muth aufgetischt, um die Parteilichkeit der Richter des Kassationshofes nachzuweisen. Beaurepaire selbst läßt sich für seine Schauergeheimnisse, die er für das „Echo de Paris“ schreibt, ein Jahresgehalt von 36 000 Francs zahlen, jedenfalls ein weit höheres, als er als Richter des Kassationshofes bekommen hat.

Die Kammerdebatten über die „Entstellungen“ Beaurepaire's werden voraussichtlich sehr heftige werden; es ist sehr ungewiß, welches Resultat sie haben. Die kürzlich stattgehabte Präsidentenwahl zeigt jedenfalls, daß in der Kammer die Anti-Revisionisten noch die Mehrheit besitzen.

Es wird uns darüber aus Paris vom 11. d. Mts. noch geschrieben:

Die Wiederwahl Deschanel's zum Kammerpräsidenten war voranzufehen. Ueberraschend aber ist das Stimmverhältniß zwischen Deschanel und Brisson. Letzterer erhielt nur 187 gegen 223 Stimmen. Demnach sind mindestens 50 bis 60 Radikale von ihrem eigenen Parteikandidaten abgefallen, um fast sämtlich für den Mann der Ordnungsparteien und insbesondere des Generalsstabes zu stimmen. Denn die Präsidentenwahlen wurden auf dem Boden der Dreifus-Revision ausgeschrieben. Das Zusammenstürzen der Brisson'schen Minorität, die bei den Präsidentenwahlen im Juni 1898 aus 278 Abgeordneten bestand, erklärt sich einzig daraus, daß Brisson inzwischen die Revision eingeleitet hatte. Geschlossen als Partei haben für Brisson, d. h. gegen den verbecherischen Militärsklingel, nur die Sozialdemokraten gestimmt.

Paris, 12. Januar.

Deputirtenkammer. Der Saal ist dicht gefüllt. Deschanel hält seine Antrittsrede als neuerwählter Präsident. Er führt darin aus, daß es die Pflicht des Präsidenten sei, sich der Unparteilichkeit zu befleißigen und vornehmend zu wirken. Am Schluß seiner Rede sagt der Präsident, daß Frankreich das Meer, aber auch die Gerechtigkeit liebe, weist auf die Gefahren der inneren Zwistigkeiten hin und fordert die Deputirten auf, ihre Ruhe und Kaltblütigkeit zu bewahren. (Beifall.) Auf das Verlangen des Ministerpräsidenten Dupuy beschließt dann die Kammer, sofort in die Debatte über die Interpellation bezüglich der Angelegenheit Beaurepaire einzutreten.

Milleboye weist auf die Erregung hin, welche durch die von Beaurepaire gegen gewisse Richter vorgebrachte Anschuldigung verursacht sei. (Lebhafter Zwischenruf.) Er verlange eine Untersuchung. (Zumuth. Zwischen verschiedenen Deputirten kommt es zu einem Wortwechsel.) Milleboye hält es für unmöglich, die Revision unter den gegenwärtigen Verhältnissen fortzusetzen, verliert unter fortwährendem Lärm der Deputirten die Erklärungen Beaurepaire's in dem „Echo de Paris“ und verlangt schließlich Disziplinarmaßnahmen gegen die schuldigen Richter. Der Kammer und der Regierung liege es ob, die Gemüther wieder zu beruhigen. Caffes (Antisemit) meint, das Land habe genug von der Dreifus-Angelegenheit (Beifall), man müsse eine erste Untersuchung anstellen; der Redner greift Johann Loew, Ward und Raneau an. Es erhebt sich lebhafter Protest. Dupuy protestirt gegen die Worte Caffes; der Präsident ruft Caffes zur Ordnung. Caffes wirt schließlich unter großem Lärm der Kammer der Kriminalkammer Parteilichkeit vor; die Dreifus-Kampagne werde mit fremdem Gelde unterhalten (Lärm.) Der Justizminister Lebreton bezieht die Tribüne. Lebreton erklärte, es sei seine erste Pflicht, den regelrechten Gang der Justiz zu sichern. Da gegen gewisse Richter Vorwürfe erhoben worden seien, habe er, der Minister, im Interesse des Richterstandes Erhebungen hinsichtlich dieser Vorwürfe anstellen lassen, diese Erhebungen seien umfassende und lokale gewesen. Die Kammer werde Kenntniß von denselben erhalten. Der Minister spricht weiter.

Paris, 12. Januar, 7 Uhr 30 Minuten Abends. (B. Z. B.)

Die Deputirtenkammer nahm mit 423 gegen 125 Stimmen die von der Regierung gebilligte einfache Tagesordnung an.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 12. Januar. (B. Z. B.) Lord Salisbury verweigert die Annahme der Demission des englischen Vorkämpfers in Paris, Ranson.

Reichstag.

9. Sitzung, Donnerstag, 12. Januar 1899, 1 Uhr. Am Bundesratsstische: v. Götler. Auf der Tagesordnung steht die erste Verathung der Militärvorlage.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt

Abg. Lieber (Z.)

zu der gestrigen Aeußerung des Abg. Ehlinger, er habe vor Weihnachten sein warmes Herz für die Landwirtschaft gehabt: Davon kann keine Rede sein, wie der stenographische Bericht über die betreffende Sitzung beweist. Wenn Herr Ehlinger weiter gesagt hat, ich hätte vielleicht jetzt, nachdem ich die Stellung der Regierung kennen gelernt habe, meine Meinung geändert, so habe ich keine Veranlassung, in diesem hohen Hause auf einen solchen Ton, der wohl in Versammlungen des Bayerischen Bauernbundes paßt, weiter einzugehen. (Bravo! im Centrum.)

Hierauf beginnt die erste Verathung der Militärvorlage.

Kriegsminister v. Götler:

Früher ist die Friedenspräsenzstärke immer auf sieben Jahre hinaus festgelegt worden, während jetzt dieses System aufgehoben ist, indem wir zu fünfjährigen Perioden übergegangen sind. Hiermit ist zugleich den Wünschen des Reichstages Rechnung getragen worden. Die jetzige Vorlage kommt ebenfalls den Wünschen dieses hohen Hauses weiter entgegen und zwar erstens darin, daß nunmehr ein bestimmtes Ziel festgesetzt ist, bis zu dem die Heeresstärke vermehrt werden soll und dann dadurch, daß eine jährliche Bewilligung des Budgets durch den Reichstag stattfinden soll. Veranlaßt ist dieser Systemwechsel vor allem durch das Friedensmanifest des Zaren. Diese Umdeutung giebt uns die Sicherheit, daß wir für absehbare Zeit von dieser Seite her einen Angriff nicht zu erwarten haben. Uebrigens hat auch die deutsche Heeresmacht durch die Vorlage eine Stärke erreicht, die uns wohl gestattet, mit Ruhe der Zukunft entgegen zu sehen. Natürlich kann eine so große Organisation niemals vollständig sein, kleine Mängel ergeben sich immer. In Bezug auf das Friedensmanifest muß ich noch bemerken, daß schließlich auch der Wille des mächtigsten Monarchen nicht im Stande ist, die Existenzbedingungen einer großen Nation zu ändern. Wenn ein Volk unabhängig sein will vom Ausland, muß es eine Macht besitzen, die geeignet ist, es vor allen Eventualitäten zu schützen, wenn es darauf verzichtet, steigt es herab von der Höhe, für die es berufen ist. Ich weiß auch keine Stelle der Erde, an der die Rüstungen eingespart sind. Ueberall arbeitet man an der Stärkung der Land- und Seemacht. Auch wir sind daher zu diesen Forderungen gezwungen. Wir sind dabei bestrebt gewesen, überall möglichst zu sparen.

Gerade die Erfahrungen der letzten Jahre haben uns veranlaßt, Ihnen mit diesen Vorschlägen zu kommen. Wenn auch Deutschland von einem Kriege verschont geblieben ist, so brachte doch die verfloßene Periode eine Reihe ernstlicher Ereignisse, die für uns maßgebend sein mußten; ich meine den Krieg zwischen Japan und China, den Krieg zwischen Griechenland und der Türkei, den Feldzug im Sudan und den letzten Krieg zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien. Das Resultat war überall das: Die Grundbedingung des Krieges ist, daß man im Frieden ganz genau die Mittel des Krieges kennt und seinen Folgen vorbeugt. Man kann die Fortschritte der Technik im Kriege nicht zur Geltung bringen, wenn man sie im Frieden nicht sorgsam benützt hat. Wir bereiten uns auf den Krieg durch sorgsam Studium vor und wir haben erreicht, daß uns der Frieden erhalten geblieben ist.

Nunmehr will ich zu den Einzelheiten übergehen: Die Hauptforderung ist die der Bildung von fünf neuen Kommandos. Es gilt in dieser Frage zunächst die Bedingungen zu studieren, unter denen bei so gewaltigen Massen überhaupt eine Formation möglich ist. Das ist klar, daß man die Massen des Heeres nicht in unbegrenzter Weise anwachsen lassen kann. Daher muß man das Heer theilen in einzelne Armeen und diese wieder, und so handlich gliedern, daß eine einheitliche Leitung des einzelnen Truppenteils möglich ist. Erreicht die Stärke eines Armeekorps eine solche Größe, daß die einheitliche Leitung schwieriger ist, so muß man es in neue Theile theilen. Im Kriege wäre das ohnehin notwendig. Im Moment des Krieges aber kann man nur unter größten Schwierigkeiten zur Bildung neuer Armeekorps schreiten. Es werden aber auch neue Divisionen gebildet werden müssen, um die Gleichmäßigkeit herzustellen, dann aber auch, um an der Ost- und Westgrenze Truppenkörper in genügender Stärke und Zahl zur Verfügung zu halten. Bei der Kavallerie ist für das preussische Kontingent eine Vermehrung um drei Regimenter vorgesehen. Es giebt zwar eine Menge von Theoretikern, welche behaupten, daß die Kavallerie in neuerer Zeit an Bedeutung wesentlich verloren hat und im nächsten Kriege kaum zur Verwendung kommen wird. Ich will mich auf eine Erwörterung dieser Frage hier nicht einlassen und nur bemerken, daß die Aufgabe der Kavallerie im Wesentlichen die ist, Zeit zu sparen, was um so wichtiger wird, je breiter die Fronten, je größer die Tiefe der Armeen werden. Die neuen Kavallerieregimenter sollen nur zu vier Eskadrons aufgestellt werden. Dafür sind zunächst finanzielle Rücksichten maßgebend gewesen und wir glauben auch, daß die Regimenter dieser Formation vollkommen leistungsfähig sein werden.

Die wichtigste Organisationsänderung betrifft die Feldartillerie. Der Reichstag hat ja die Mittel zu einer Neubewaffnung derselben bewilligt, sie wird am 1. April vollzogen durchgeföhrt sein. Wir stehen also nun vor der Frage, ob die bisherige Organisation der Feldartillerie auch noch zu der Neubewaffnung anreicht. Diese Frage muß durchaus verneint werden. Die gegenwärtige Organisation der Feldartillerie entspricht in keiner Weise dem vervollkommenen Material, mit dem sie in Zukunft zu operiren hat. Wir müssen, um das Geschützfeld mit den neuen Geschützen beherrschen zu können, jeder Division eine Brigade Feldartillerie begeben können. Um die Wirkung des Geschützfeuers zu verstärken, sollen noch mehrere Handbatterien gebildet werden. Die Massen der Infanterie sollen nur geringe Änderungen erfahren, auch bei den Pionieren und dem Train sind nur unbedeutende Veränderungen vorgesehen. Eisenbahn-, Telegraphen- und Luftschifftruppen sollen unter einer gemeinsamen Spitze zusammengefaßt werden. Die Luftschiffabtheilung soll eine Verstärkung erfahren.

Nachdem ich nun die Waffengattungen durchgegangen bin, will ich noch die Frage der zweijährigen Dienstzeit erörtern und die Nachteile und Vortheile der verkürzten Dienstzeit ganz offen besprechen. Die Verantwortung bei ihrer Einführung war eine große. Hat man sich geteilt, so hat man die Schlagfertigkeit der Armee in Frage gestellt. Die Erfahrungen sind bisher keine außerordentlichen, denn die zweijährige Dienstzeit besteht erst seit 1. April 1897 allgemein. Wir verlernen die Vortheile durchaus nicht. Der Wegfall unfähiger Elemente des dritten Jahrganges ist ein Vortheil. Der zweite Vortheil besteht in der frühzeitigen Einstellung der Rekruten. Die Güte der Truppen hängt aber wesentlich von dem Kern ab, an den sich die anderen anlehnen. Das Leben in der Kaserne hat aber eine Veränderung erfahren. Früher war der dritte Jahrgang die beste Hilfe für den inneren Dienst, jetzt müssen wir uns mit dem zweiten begnügen. Das Material von Unteroffizieren in der Reserve und Landwehr ist nicht so reichlich da wie früher. In wie weit das Ausbildungspersonal ausreicht, dafür liegen Erfahrungen noch nicht genügend vor. Die Aufstellungen sind aber sehr grobe und es wird Abhilfe nöthig werden. Es soll jetzt der Versuch gemacht werden, Freiwillige unter günstigen Urlaubsverhältnissen bei der Fahne zu halten. Ge-

lingt das, so schwinden die Nachteile; gelingt es aber nicht, so wird die Gesetzgebung eingreifen müssen und eine Quote festlegen müssen, die über das zweite Jahr hinaus der Armee erhalten bleiben müssen. Man macht sich außerhalb der Armee doch kein richtiges Bild von den Schwierigkeiten, die die zweijährige Dienstzeit mit sich gebracht hat. Vorläufig wollen wir aber keine Veränderung herbeiföhren und es bei dem bisherigen Zustande belassen.

Nach einer sehr eristie Frage will ich berühren. Die Güte der Armee hängt natürlich von der Güte des Materials ab. Nun hat sich der Prozentsatz der vorbestraften Personen, die ausgedient worden sind, wesentlich vermehrt. Es müßten in den letzten 15 Jahren 12 700 Personen eingestellt werden, die 2 bis 5 Mal bestraft waren und 1999 Personen, die 6 bis 10 Mal bestraft waren. Das macht eine Zunahme von 125 pCt. bezw. 141 pCt. und giebt zu schweren Bedenken Anlaß. Es sind nur gerichtliche Strafen dabei gerechnet. Ich bitte die Vorlage einer Kommission zu überweisen, ich werde an den Verathungen gern theilnehmen und bin überzeugt, daß was der Reichstag beschließt, wird zum Heile Deutschlands und der Armee ausschlagen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Der Kriegsminister hat die vielen Vorstrafen zuletzt erwähnt aber eine Detaillirung dieser Strafen unterlassen. Es können da sehr geringfügige Strafen die Hauptzahl ausmachen. Die Kriminalstatistik weist eine Abnahme der schweren Vergehen nach. Ich kann aber diese Frage nicht weiter behandeln, weil er sie gar nicht in Zusammenhang mit der Vorlage gebracht hat.

Der Kriegsminister hat es so dargestellt, als entspräche die Vorlage den Wünschen des Hauses und als enthielte sie ein Entgegenkommen des Hauses. Aber selbst die so militärfreundlichen Herren v. Kardorff und Aldert haben beim Etat ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß sie jetzt eine solche Vorlage nicht erwartet haben. Die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke beträgt 26 000 Mann, die fortbauenden Kosten 2 1/2 Millionen, das ist 1/3 der Forderung des 1893, also eine ganz erorbitante Forderung. Der Kriegsminister hat es als ein Entgegenkommen bezeichnet, daß jetzt die Präsenzstärke jährlich festgelegt werden soll. Aber dieser Fortschritt besteht nur darin, daß wir das Recht und die Verpflichtung haben, die Friedensstärke in jedem Jahre zu erhöhen, und nicht das Recht, sie zu vermindern. (Sehr gut! links.) Es ist sehr bedenklich, schon heute zu bestimmen, was 1902 und 1903 an Formationen errichtet sein sollen. Wir haben ja den Putschakt: an den Formationen ist ständig geändert worden. Redner erinnert an die Halbbataillone von 1893 z.

Was nun die Fragen im Einzelnen betrifft, so liegt der Schwerpunkt der Vorlage auf dem Gebiete der Artillerie. Die rein technischen Fragen und die Fragen der Organisation lasse ich bei Seite. Was die Vermehrung der Batterien um 80 betrifft, so ist vor dem Erscheinen der Vorlage in der Kadepresse nirgends vorausgesagt worden, daß die Einführung der neuen Geschütze auch eine Vermehrung der Zahl der Stücke mit sich bringen werde. Gerade von militärischer Seite ist betont worden, daß mit der Einführung der neuen Geschütze eine Verminderung der Geschützzahl bei veränderter Organisation eintreten müsse, um die Beweglichkeit der Armeekorps nicht zu hüten. Diesen Standpunkt hat seiner Zeit hier der frühere Kriegsminister von Kamade vertreten. Ja, man kann manchmal von den Offizieren etwas lernen, das man nachher hier verwerthen kann. (Heiterkeit links.) In der gesammten Fachliteratur nahm man an, daß bei der Reorganisation der Artillerie eine ganz bedeutende Verminderung der reitenden Artillerie eintreten werde. Die reitende Artillerie, die viel von ihrer Bedeutung verloren hat, ist aber nur sehr gering vermindert worden. Ich kann doch nicht annehmen, daß hier die Traditionen im Spiele ist und daß man sich oben von der reitenden Artillerie nicht trennen kann, weil Friedrich der Große, glaube ich, sie eingeföhrt hat. (Heiterkeit links.)

Was die Vermehrung der Kavallerie anlangt, so ist hervorzuheben, daß wir jetzt schon eine stärkere Kavallerie als Frankreich haben. Wenn die Begründung aber richtig ist, dann, glaube ich, wird das geforderte Quantum nicht ausreichen. Der Kriegsminister sagt, die Kavallerie ist sehr wichtig für den Aufklärungsdienst. Gewiß, aber andererseits ist doch die Kavallerie zu Lasten nicht mehr zu verwenden. Freilich die Herren von der Kavallerie wollen sich in die Verringerung des Wertes ihrer Waffe nicht scheiden. Das ist ja natürlich, der Reitermann ist von einer gewissen Poesie umflossen (Heiterkeit) und ich kann mir die Liebhaberei hoher Herren ganz gut erklären, im Manöver Kavallerie-Attachen zu veranstalten. (Sehr gut! links.) Im Ernstfalle werden sie das schön bleiben lassen. (Heiterkeit.) Die Vermehrung der Kavallerie halte ich also nicht für gerechtfertigt.

Die Verlehrsstruppen-Vermehrung mag schon eher erwünscht und gerechtfertigt sein. Aber es eristiebt doch die Frage, ob nicht diesen Truppen zu Liebe andere Truppen vermindert werden können. Ich denke an die Jäger, die heute nicht entfernt mehr die Bedeutung wie früher haben. Der Infanterie nimmt man zudem durch die Jägertruppe das beste Unteroffizier-Material, aber dessen Mangel ja so lebhaft gellagt wird. Die Grenz bataillone sollen stärker werden. Das kann ja geschehen auf Kosten der Bataillone im Innern. Wir sehen ja nicht die Bataillonsstärke fest, sondern nur die Zahl der Bataillone und die Stärke des Heeres im Ganzen. Ja, man braucht nur die Bataillone der Garde gleich stark mit denen der Linie zu machen. Warum sind die Gardebataillone stärker? Doch nur wegen der Paraden, damit sie sich möglichst schön präsentiren. (Sehr richtig! links.) Die Tradition spielt eben auch hier eine viel zu große Rolle. Mit der Tradition hängt auch der kolossal hohe Prozentsatz der adeligen Offiziere zusammen. Nur die Zahlmeister sind bürgerlich. (Heiterkeit links.)

1893 sollten die neuen Halbbataillone den übrigen Bataillonen die Last der Abkommandirungen abnehmen. Als die Halbbataillone zusammengezogen wurden, fragten wir: ja wie wird's dann mit den Abkommandirungen? Man beruhigte uns; die Generale würden es schon machen. Jetzt aber, wo wir die Vollbataillone haben, erscheint in der Begründung wieder der Hinweis auf die Last der Abkommandirungen für den zweiten Jahrgang. In einem Artikel des „Milit.-Wochenbl.“ wird mitgeteilt, daß für den Küchendienst in jedem Bataillone ein Unteroffizier und vier Mann abkommandirt werden und zwar in vierteljährlichem Wechsel. Ich habe mir ausgerechnet, daß in der deutschen Armee etwa 1000 Unteroffiziere und viertausend Mann dem Vaterlande in der Küche dienen. (Heiterkeit.) Der Artikel meint, daß der Küchendienst Frauen übertragen werden solle, die unter Leitung eines oft inwalliden Unteroffiziers die Küche verwalten könnten. (Große Heiterkeit.) Es wird auch darauf hingewiesen, daß die Frauen zum Kartoffelschälen viel geeigneter wären, als die Soldaten, die mit ihren biden Fingern viel zu unvorsichtiger schälen. (Große Heiterkeit.) Auch in den Wäschküchen werden Soldaten beschäftigt und man kann sagen, daß von unserer Armee etwa 10 000 Soldaten in Verfassungen thätig sind, die eigentlich in die Erwerbsphäre des weiblichen Geschlechtes fallen. (Heiterkeit.) Vom Kapitel des Wurschendienstes will ich nicht ausführlich sprechen. Es giebt etwa 80 000 Wurschen in der Armee. (Hört, hört! links.) Ich wohne in der Nähe der Artillerieschule und sehe täglich schaarweise Wurschen dahingehen, die den Herren Offizieren die Schulmappe tragen. (Heiterkeit.) In der Stadtbahn belauschte ich einmal das Gespräch eines Infanteristen aus Polen und eines nach Berlin abkommandirten Wurschen. Sie erzählten sich die Leiden und Freuden des Soldatenstandes. Die Schilderung, die der

Infanterist von seinem Leben entwarf, ließ ihn wirklich recht beklagenswerth erscheinen. Die Schilderung des Wurschen aber erinnerte mich an das alte Lied: „Frei ist der Wursch“. (Stürmische Heiterkeit.) Ich meine, wir sollten von der Erhöhung der Präsenzstärke, auch nur von einem Bataillon, so lange Abstand nehmen, als uns nicht eine Untersuchung der Abkommandirung von Soldaten zu ökonomischen Zwecken und zum Wurschendienst vorliegt. Sicherlich kann der Umfang dieser Abkommandirungen eingeschränkt werden. Dann kann der zweite Jahrgang viel mehr zur Ausbildung herangezogen werden. Gewiß sind mehr Ausgaben damit verknüpft, wenn der ökonomische Dienst der Soldaten eingeschränkt wird. Aber solchen Ausgaben haben wir nie widersprochen. Dazu sind wir viel mehr bereit, als fortgesetzt die Präsenz zu erhöhen.

Soviel über die Einzelheiten. Sind nun allgemeine Gründe für die Vermehrung der Präsenzstärke um 26 000 Mann vorhanden? In Deutschland ist die Friedenspräsenz 1893 um 70 000 Mann erhöht. Die anderen Staaten haben damit keineswegs gleichen Schritt gehalten. Was zunächst die anderen Dreimächte anlangt: Oesterreich hat eine Erhöhung von etwa 35 000, Italien um etwa 5000. In Frankreich stehen alles in allem etwa 40 000 Mann weniger unter Waffen als bei uns. Frankreich ist bereits an der Grenze der Möglichkeit der Erhöhung des Aushebungskontingents angelangt. Rußland freilich, das 8 mal so groß ist als Deutschland, konnte seine Aushebungsziffer noch gewaltig vergrößern. Aber haben wir denn ein Interesse daran, diese Schranke ohne Ende in Bewegung zu setzen? Rußland hat an sich ein Interesse daran, seine Kräfte, die es für die Erschließung Asiens in Anspruch nehmen will, nicht durch weitere Rüstungen im Westen zu zerstückeln. Das beweist auch das Baren-Mantse, das nicht etwa bloß einer sentimentalen Umwandlung des Zaren entspringen ist. Also: die Verhältnisse im Ausland gebieten nicht eine weitere Heeresvermehrung für uns.

Und wir haben wirklich alle Veranlassung, uns vor einer weiteren Rekruteneinstellung in acht zu nehmen; denn man hat schon jetzt die Ansprüche an die Diensttauglichkeit sehr herabgeschraubt und müssen, um überhaupt das Kontingent zu Stande zu bringen, was die von dem Herrn Kriegsminister erwähnte Quote anlangt, die für eine dreijährige Dienstzeit zurückgehalten werden sollte, so würde mit dieser Institution eine allgemeine Unsicherheit hervorgerufen werden, da ja jeder Einberufene zu dieser Quote gehören könnte. Die zweijährige Dienstzeit muß gesetzlich definitiv festgelegt werden; ich behalte mir einen dementsprechenden Antrag noch vor.

Gerade der jetzige Zeitpunkt ist so ungeeignet wie möglich zur Einbringung der Vorlage. Bei dem allgemeinen Aufschwung der Industrie will man 26 000 deutsche Arbeiter dauernd der produktiven Arbeit entziehen, während man andererseits Polen und Italiener über die Grenze zieht, um sie in der Industrie zu verwenden. (Sehr richtig!)

Auch die finanzielle Unterlage ist zur Zeit nicht gegeben. Herr v. Tschelmann hat sich gekümmert, daß es ihm gelungen sei, 9 Millionen von den Forderungen des Kriegsministers abzutrapfen. Das hat er offenbar nur gethan, um die Daseinsnotwendigkeit des Reichs-Schatzamtens zu beweisen. (Heiterkeit.) Denn der Kriegsminister wird selbstverständlich nach Annahme der Vorlage mit seiner Forderung wiederkommen. Ich will mich aber hier auf die Finanzautorität des Herrn v. Miquel berufen. Herr v. Miquel hat im preussischen Abgeordnetenhaus gesagt, daß nur diejenigen Staaten prosperiren können, deren Budget so wenig wie möglich durch dauernde Ausgaben belastet sei. ... Ich wäre er doch hier, um Ihnen das jetzt vorzulegen! Aber hier läßt er sich nicht blicken. (Große Heiterkeit.) Freilich: keine Finanzmacht gilt ja ohnehin nur fürs Jivil. (Große Heiterkeit.) So gestalten Sie mir denn, daß ich Sie an Stelle des Herrn v. Miquel jene Worte zu befehligen bitte. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Stamm (Reichspartei).

Gegen die allgemeine Begründung der Vorlage seitens des Herrn Kriegsministers hat der Abg. Richter so gut wie gar nichts vorgebracht. Die neue Vorlage ist die notwendige Konsequenz der Organisation, die man 1893 mit der verkürzten Dienstzeit geschaffen hat. Der Wurschdienstvorschlag ist gut gemeint aber sehr schwierig durchzuführen. Aber gesetzt den Fall, es käme zu einem Abkommen, daß alle Staaten einen gewissen Prozentsatz ihrer Rüstungen einstellen, gäbe es dann eine bessere Vergründung für die Vorlage als dieses Manifest? Denn wird proportional die Rüstung vermindert, dann kommt doch der Staat am besten weg, der in den Rüstungen am weitesten vorgefahren ist. (Stürmische Heiterkeit links.) Wenn nun auch von Rußland keine Gefahr droht, so besteht doch in Frankreich noch immer eine Kriegsgefahr. Gerade die Herren von der Linken sollten diesmal für die Vorlage eintreten, da die Vermehrung des Rekrutenkontingents die Chancen für die Aufrechterhaltung der zweijährigen Dienstzeit wesentlich vergrößert. 1893 hat Richter ein noch viel schrecklicheres Bild von den Folgen der Heeresvermehrung entworfen. Und doch hat sich der Rationalwohlfund in den letzten Jahren sehr vermehrt. Es wird behauptet, die 2 Milliarden Schulden seien unproduktiv ausgegeben worden. Ich behaupte, es giebt gar keine produktivere Anlage als die Ausgaben für die Armee, die unsere Erwerbsthätigkeit schüßt. (Widerpruch links; Zustimmung rechts.) Redner appellirt an das Centrum, nicht immer von den Forderungen der Regierung abzutrapfen. Diese schlimme Gewohnheit hätte die Folge, daß die Regierung immer vorgeschoben müßte. (Heiterkeit links.) Er und seine Freunde würden vortheilhaft einiger Einzelheiten für die Vorlage stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Levetzow (L.):

Welche Mittel notwendig sind, um das Vaterland gegen Angriffe von außen zu schützen, das hat allein die Regierung zu entscheiden. (Heiterkeit links.) Denn nach einem unglücklichen Kriege richtet sich der Volkswille allein gegen sie, sie hat die alleinige Verantwortung. In der Kommission werden wir jedenfalls über die allerdings teilweise vorhandenen Inkonsequenzen und Widersprüche der Vorlage angefaßt werden. Es steht so aus, als sei eine Vermehrung der Kavallerie im Gange. Wenn man aber A sagt und weiß, daß man auch B sagen soll, möchte man doch gerne wissen, wie dies B aussehen soll. (Hört! hört! links.) Ueber die zweijährige Dienstzeit sind noch nicht genügend Erfahrungen gesammelt. Das Auskunftsamt des Herrn Kriegsministers, die Zurückbehaltung der Quote, will mir nicht gefallen. Wie man bei der Kavallerievermehrung mit der Bildung von nur vier Schwadronen auskommen soll, kann ich als alter Kavallerist nicht begreifen.

Wir stimmen nur für Vermehrung der Rüstungen, um den Frieden zu wahren. (Beifall rechts.) Die Weiterberathung wird hierauf auf Freitag, 13 Uhr, verlegt.

Schluß 5 Uhr.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

2. Sitzung vom Donnerstag, den 12. Januar 1899, Nachmittags 5 Uhr. Vor der Tagesordnung spricht der Stadt. Dr. Reumann, der vor einigen Tagen den Geburtstag seiner 40jährigen Zugehörigkeit zur Versammlung begehren konnte, dem Magistrat und den Stadtverordneten seinen innigen Dank für die ihm aus diesem Anlaß seitens beider Körperschaften erwiesenen Ehrungen aus. Die Abtheilungen haben sich konstituir, desgleichen die ständigen Ausschüsse. Den Vorschlag in dem Ausschusse für die Wahl von unbesoldeten Gemeindebeamten, bezw. für die Anstellung und

Benennung von besoldeten Gemeindebeamten, für Petitionen, Rechnungen und Wahlprüfungen befehlen wie bisher die Stadtv. W. Geride, Meyer, Reichnow, Friederici und Horwig.

In den Ausschuss für die Schularzt-Vorlage sind u. a. die Stadtv. Jacobson und Tollsdorf deputiert; dem Ausschuss für die neuen Schulbauten gehört Stadtv. Bruns, demjenigen für die Volks-Badeanstalten Stadtv. Borgmann, demjenigen für den Umbau der Hofstraßenbrücke Stadtv. Bernauon; im Ausschuss für die Bibliothekvorlage sind die sozialdemokratischen Mitglieder durch den Stadtv. Bruns vertreten.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des zweiten und des dritten Weisiger-Stellvertreters. Auf Vorschlag des Stadtv. Spinola werden ohne Widerspruch die Stadtv. Liebenow und Reichnow durch Affirmation gegen die Stimmen der neuen Fraktion der Linken und der Sozialdemokraten gewählt.

In eine Reihe von Ausschüssen und Kuratorien werden für die vorhandenen Balancen und Ersatzmänner gewählt.

Zur Vorlage wegen Herabsetzung des Tarifs der Wasserwerke liegt von drei Seiten der Antrag auf Ausschussberatung vor.

Nachdem Stadtv. Raft das Entgegenkommen des Magistrats gegen die Hauseigentümer für ungenügend erklärt und auch aus diesem Grunde Ausschussberatung empfohlen hat, wird dem entsprechend beschlossen.

Die Vorlage wegen Aufnahme von drei auf dem Grundstücke der Norddeutschen Lagerhaus-Aktiengesellschaft, Legelesstr. 29/30, anzulegenden Straßen in den Bebauungsplan geht an einen Ausschuss. Zum preussischen Städtetage, der in Berlin am 23. und 24. Januar abgehalten werden soll, beabsichtigt der Magistrat vier seiner Mitglieder zu deputieren und stellt der Versammlung die Wahl von fünf Stadtverordneten anheim. Stadtv. Kalisch schlägt vor, die Mitglieder Dr. Langenhans, Meyer, W. Geride, Singer und Kalisch durch Juras zu wählen.

Stadtv. Ahlmann schlägt den Stadtv. Birchow vor; Stadtv. Cassel, von anderer Seite vorgeschlagen, lehnt ab. Es werden außerdem die Stadtv. Gerstenberg, Mischelet, Schwalbe und einige andere vorgeschlagen. Die Wahl durch Juras ist damit unmöglich gemacht worden; die Zettelwahl wird in der nächsten Sitzung vorgenommen werden.

Nachdem noch die Aufstellung von vier die ganze Nacht hindurch brennenden elektrischen Bogenlampen in der nächsten Umgebung der Potsdamer Brücke beschlossen ist, schließt die öffentliche Sitzung um 1/4 Uhr.

Lokales.

Den Parteigenossen und Genossinnen zur Nachricht, daß am Sonntag Abend 6 1/2 Uhr bei Jubel eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen stattfindet. Tagesordnung: „Der Kampf ums Dasein“. Nach dem Vortrage: Gemüthliches Beisammensein.

Zur Berliner Wohnstatistik

Heilt das neueste Berliner „Statist. Jahrb.“ weitere Ergebnisse der letzten Volkszählung mit, die recht geeignet sind, die Ungleichheit der Wohnverhältnisse bei Reich und Arm zu beleuchten. 1895 wurden hier 408 644 bewohnte Wohnungen gezählt, ohne Schiffwohnungen und Anstalten (Hotels, Krankenhäuser, Kasernen u. s. w.). Sie bestanden aus 1 234 715 Wohnräumen (Küchen und unbeheizbare Zimmer sind gleichfalls als „Wohnräume“ gezählt), sowie 88 532 Gewerberäume (Wohnräume, in denen auch gearbeitet wird, sind nicht hier, sondern bei den „Wohnräumen“ gezählt) und beherbergten 1 623 638 Bewohner (ohne die von Schiffen und Anstalten). Mindestens die Hälfte dieser Bevölkerung hauste in durch- aus unzureichenden Wohnungen. Unter obigen 408 644 Wohnungen waren z. B. 2005 Wohnungen, die nur aus einer Küche bestanden, und doch beherbergten diese sogenannten Wohnküchen in ihren 2005 Räumen 4797 Bewohner, so daß auf jeden Raum durchschnittlich 2 Bewohner, genauer 1,84, auf jeden Bewohner durchschnittlich 1/2 Raum, genauer 0,54, kam. 1347 Wohnküchen hatten allerdings nur je 1 Bewohner, aber in anderen hausten dafür nicht 2, sondern 3, 4 u. s. w. bis 8 Bewohner, z. B. in 56 Küchen je 5 Bewohner, in 21 je 6, in 4 je 7, in 1 Küche 8 Bewohner. Von den 4797 Bewohnern der Küchen wohnten, wie oben ersichtlich, 1347 allein; ferner 1390 zu zwei, 948 zu drei, 680 zu vier, 280 zu fünf, 126 zu sechs, 28 zu sieben, 8 zu acht. Zu beachten ist jedoch, daß 349 dieser 2005 Wohnküchen noch 892 dabei liegende und 6 Wohnküchen 5 getrennt liegende Gewerberäume hatten. Wenigstens die dabei liegenden Gewerberäume dürften zum großen Theil zugleich als Wohnräume dienen, was freilich selten eine Verbesserung und oft sogar eine weitere Verschlechterung der Wohnverhältnisse bedeutet. Nicht viel besser als die Wohnküchen sind die Wohnungen, die neben der eventuell vorhandenen Küche nur noch ein oder mehrere unbeheizbare Zimmer haben. 1950 solche Wohnungen beherbergten in 3522 Räumen 5364 Bewohner, macht pro Raum 1,52 Bewohner, pro Bewohner 0,66 Raum; doch hatten 386 bezw. 27 dieser Wohnungen noch 551 dabei liegende und 150 getrennt liegende Gewerberäume. Nur ein heizbares Zimmer, neben eventuell vorhandener Küche bezw. einem oder mehreren unbeheizbaren Zimmern, hatten fast die Hälfte aller bewohnten Wohnungen Berlins, nämlich 202 943. Sie bestanden aus 402 777 Räumen, in denen 710 322 Bewohner lebten, pro Raum 1,76 Bewohner, pro Bewohner 0,57 Raum; darunter waren aber 14 898 bezw. 1594 Wohnungen, die noch 20 855 bezw. 2601 dabei bezw. getrennt liegende Gewerberäume hatten. Unter diesen 202 943 Wohnungen befanden sich allein 31 150, die hauptsächlich nur ein einziges, heizbares Zimmer (also nur sogenannte Kochstube, nicht daneben noch Küche oder unbeheizbares Zimmer) waren, und 144 104, die nur aus einem heizbaren Zimmer und Küche bestanden. Die 31 150 Kochstuben hatten 59 982 Bewohner, pro Raum 1,93 Bewohner, pro Bewohner 0,52 Raum, so daß hier die Wohnbedürftigkeit noch größer war als in den Wohnküchen. Zwar hatten 15 018 Kochstuben nur je 1 Bewohner, aber andererseits hatten manche bis 7 oder 8 Bewohner, 8 Kochstuben sogar je 9 Bewohner, eine 10 und eine 12 Bewohner. Von den 59 982 Bewohnern der Kochstuben hausten 15 016 allein, 17 308 zu zwei, 12 555 zu drei, 7952 zu vier, 4250 zu fünf, 1998 zu sechs, 688 zu sieben, 198 zu acht, 27 zu neun, 10 zu zehn, 12 zu zwölf. Wie sehr durch solche Verhältnisse die Gesundheit und auch die Sittlichkeit der Bewohner gefährdet wird, das liegt auf der Hand. Die erwähnten 144 104 Wohnungen aus 1 heizbaren Zimmer und Küche hatten in 288 204 Räumen 535 324 Bewohner, pro Raum 1,86 Bewohner, pro Bewohner 0,54 Raum. Etwa die Hälfte dieser Wohnungen hatten bis 8 Bewohner, die andere Hälfte darüber. Die Maxima waren: 80 Wohnungen mit je 11 Bewohnern, 18 mit je 12, 8 mit je 13, 1 mit 14 Bewohnern. Auch in den Wohnungen, die aus 2 heizbaren Zimmern, mit oder ohne Küche oder unbeheizbaren Zimmern, bestanden, war die Zahl der Bewohner noch größer als die der Räume (Küchen und Zimmer mitgezählt). Diese Wohnungen, 111 773, hatten 345 177 (ohne die Gewerberäume) mit 479 370 Bewohnern, pro Raum 1,99 Bewohner, pro Bewohner 0,72 Raum. Erst in den Wohnungen mit drei heizbaren Zimmern kam auf den Raum durchschnittlich ein Bewohner, genauer 1,04, auf den Bewohner durchschnittlich ein Raum, genauer 0,96. Es kamen dann weiter in den dreierker Wohnungen, denen mit 4, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 (oder mehr) heizbaren Zimmern, auf den Raum 0,91, 0,81, 0,73, 0,68, 0,66, 0,61, 0,55 Bewohner, auf den Bewohner 1,10, 1,23, 1,37, 1,46, 1,51, 1,64, 1,83 Räume. Je größer und theurer die Wohnung ist, desto kleiner (verhältnismäßig) ist die Zahl der Bewohner. In dieser Vertheilung der Wohnbedürftigkeit bei Reich und Arm tritt ein scharfes Klassen Gegensatz zu Tage; sie bildet eines der lehrreichsten Kapitel der Berliner Wohnstatistik.

In Sachen des Prozesses Landauer, der belamtsch auf unbestimmte Zeit vertagt worden ist, berichten die Zeitungen übereinstimmend, die Vertagung sei wegen Erkrankung des Landgerichts-Direktors Köstler eingetreten. Wir wissen nicht, wie ein sehr gewissenhafter Krat das Befinden des Vorsitzenden der dritten Strafkammer beurtheilt; auf weniger erfahrene Laien machte er dieser Tage den Eindruck eines gesunden Mannes. Jedenfalls aber wäre der Prozeß auch ohne diese plötzliche Erkrankung vertagt worden, und zwar auf Wunsch der Staatsanwaltschaft selbst, die sich noch nicht für genügend vorbereitet hält und trotz des eröffneten Hauptverfahrens noch neue Ermittlungen aufstellt. Auch soll ein wichtiger Zeuge mit neuen Behauptungen über die frühere Thätigkeit des Kommissars Gottschall hervorgetreten sein. Wie wir hören, soll der früherer Oberfeldler Staatsanwalt Uhles, der seiner Zeit die Todesstrafe gegen Bietzen beantragt hat, dieser Zeuge sein.

Der Telegrammverkehr Berlins ist naturgemäß der bedeutendste des Reichs. Auch er zeigt wie der Postverkehr die Eigentümlichkeit, daß weit mehr Telegramme in Berlin ausgegeben werden, als eingehehen. So wurden im Jahre 1897 nach der neuen amtlichen Statistik im Bezirk der Ober-Postdirektion Berlin 8 702 115 Telegramme ausgegeben, während nur 3 585 025 Telegramme eingingen. Der Telegrammverkehr Berlins umfaßt bei den ausgegebenen Depeschen etwa den achten Theil des Telegraphenverkehrs im Reichs-Postgebiet mit 29 1/2 Millionen Telegrammen. Von den 30 Millionen eingegangenen Telegrammen entfällt nicht ganz der neunte Theil auf Berlin.

Eine Variation über das Thema „Nicht Kof noch Reife schenken die steile Höf“ u. bringt die „Deutsche Tageszeitung“ in folgender Meldung: „Das königliche Schloß wird während des Winteraufenthalts der kaiserlichen Familie, welche heute nach hier übergesiedelt ist, einer äußerst strengen Aufsicht unterworfen sowohl innen wie außen untersteht. Die militärischen Sicherheits- und Ehrenposten werden des öfteren bei Tag und Nacht in Bezug auf ihre Dienstinstruktion und sonstigen Dienstobliegenheiten revidirt werden, da es häufig vorkommt, daß der Kaiser an einen Posten herantritt und ihn nach seiner Instruktion fragt. Dabei ist der Monarch kein Freund von der Frontdisziplin; er verlangt vielmehr, daß der Posten möglichst mit der Hand die zu bewachenden Gänge, Thüren oder Fenster bezeichnen und dazu die Instruktion erläutert. Der Kommandant von Berlin, Generalmajor von Ende, tritt demgemäß, wie man sich fast täglich persönlich überzeugen kann, an einzelne Posten auch vor anderen königlichen Gebäuden heran und läßt sich die Instruktion herlesen. Bei dem „Wachdienstübungen“ vor Aufzügen der Wachen wird daher großes Gewicht auf praktische Beispiele (Bestrafung von Personen, Verhalten dem Kaiser gegenüber u. a. m.) gelegt.“

Zur Hochbahnfrage. Auf eine Eingabe mehrerer Vereine ist von dem Minister der öffentlichen Arbeiten erwidert worden, daß die Angelegenheit noch der polizeilichen Prüfung unterliegt. Gleichzeitig wird mitgetheilt, daß der Protest Schnebergers gegen die Anlage der Rampe behufs Ueberführung der Hoch- in eine Unterflasterbahn, welche nach einem Abkommen der Gesellschaft mit dem Magistrat von Charlottenburg auf dem Rollendorfsplatz ihren Anfang nehmen soll, Aussicht hat, durchzubringen.

Die Fleischnoth-Debatte im Reichstage fand Mittwoch Abend bereits einen Nachklang in der Berliner Fleischerkinnung, die ihre Monatsversammlung abhielt. Innungsmeister Helfert jr. bemerkte, daß nach dem Verlaufe der Debatte im Reichstage keine Hoffnung auf Aufhebung der Fleischperze sei. Die Minister glauben den Agrariern gern Alles. Man will in einem „Offenen Briefe“, der durch die deutsche Presse gehen soll, die Angaben des Landwirtschaftsministers v. Hammerstein im Reichstage statistisch und volkswirtschaftlich widerlegen.

Wie die Verwaltung der städtischen Kanalisationswerke durch Säulenaufschlag belamtsch geht, werden seit kurzem vielfach die Abdeckungen der Kanalisations-Einleitungsöffnungen gestohlen. Abgehen von dem Schaden, der der Kanalisations-Verwaltung zugefügt wird, ist der Straßenerlebe in der Reichshauptstadt durch solche Diebstähle argen Gefährdungen ausgesetzt, da Menschen oder Thiere in die offenen Schächte hineinfürzen können. Bisher sind der Polizei sechs solcher Diebstähle gemeldet. Die Gauer zerrümpelten verunmuthlich die Eifenthelle der Dedel, um sie für wenige Pfennige als Bruchstücke zu verkaufen. Die Kanalisations-Verwaltung hat auf Nachweisung der Diebe 100 M. Belohnung ausgesetzt.

Privilegirte Heilsoldaten. Im den oft von allanderhem Humor begleiteten Handel mit „Kriegsdiensten“ in den Gastwirtschaften einzuführen, haben eine Anzahl Gastwirthe der Friedrichstadt Einladungen für Mitglieder der Heilsarmee ausgestellt. Somit dürfen jetzt nur noch mit derartigen Einladungen versehen Heilsoldaten die betreffenden Lokalitäten betreten.

Der frühere Kriminalkommissar von Tausch soll in die Dienste einer Versicherungsgesellschaft getreten sein. Hoffentlich nicht für immer, denn ein solcher Mann muß dem Staate erhalten werden.

Aus dem Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater. Ein hiesiges Blatt berichtet: „Ein sicher noch nie dagewesener Zwischenfall ereignete sich am vorgestrigen Abend im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater. In dem zweiten Akt des dort allabendlich zur Ausführung gelangenden Stüdes „Onkel Toms Hütte“ tritt die aus vier Personen bestehende Regier-Gesellschaft „Tom“ auf und produziert sich in ihren Gesängen und Tänzen. Die Haupttänzerin zeigte sich nun gerade in ihren präziösen Schuwspringen, als plötzlich die weiche Hofenante länger wurde. Das leise Klammern im Hause nahm die Regierin als wohlverdienten Beifall entgegen. Plötzlich erfüllten wahrer Nachschauen das Haus: Die Hofe war bis auf die Fußstüchel hinobgerückt. Die Kollegin der Schwärzer wurde nun auch aufmerksam und deutete auf die Fäße der Tänzerin. Hinuntersehen, das Unglücksding aufstossen und von der Bühne verschwinden, war das Werk eines Hunderttel Augenblicks! Die Darsteller mühten mit der Fortsetzung geraume Zeit warten, denn die Nachschauen der Zuschauer wollten sich gar nicht beruhigen.“

Gegen vier Besitzer von Annuirtheiten soll, wie ein Richterstatist zu melden weiß, ein Strafverfahren wegen Kuppelerei eingeleitet sein. Dem Geschäftsinhabern ist die Anzeigenszeit bis zur Erledigung der Klagesache genommen. In einem Falle, welcher ein im Südwesten gelegenes Lokal betrifft, sind, der Mittelzeit zufolge, schon über 100 Zeugen vernommen worden.

Zur Verhaftung des Majoratserben Grafen von und zu Glogoffstein Artlitten wird der „Post. Jg.“ mitgetheilt: Graf Glogoffstein ist weder wegen Beschleßung noch wegen verbotenen Spielens in Haft genommen worden, sondern wegen Intreue. Der Graf und ein gewisser Herr Schachtel, der auf allen Rennplätzen belamtsch ist, hatten das Akzept eines Großgrundbesizers über 10 000 M. zur Disposition bekommen. Sie brachten den Wechsel in Breslau für 3000 M. unter und reisten mit dem Wechsel im Sommer nach Bad Gastein. Der Großgrundbesitzer mußte nun sein Akzept für das er kein Geld bekommen hatte, einlösen und zeigte dann die beiden Empfänger an. Diese wurden vom Untersuchungsrichter vernommen und nach der Vernehmung abgeführt. Die Verhafteten sind in den Kreisen der gewerkschaftlichen Spieler wohlbelamtsch, die Verhaftung hat aber mit der von einem hiesigen Blatt aufgebauten Spielersache nichts zu thun. Weder der Bankdirektor v. Kriegerheim, noch der aus dem Hannover'schen Spielerprozeß bekannte Wucherer Kufferow, noch der Spieler Wolf haben mit der Sache Glogoffstein etwas zu thun. Ebenso unrichtig ist die Mittheilung einiger Blätter, daß die Spielergeldsichte dem Kaiser vortragen worden sei und dieser die strengste Untersuchung angeordnet habe. Von der Entlassung mehrerer Offiziere aus diesem Anlaß ist an zuständiger Stelle nichts belamtsch.

Von anderer Seite wird dagegen berichtet: In seinem Unglück machte der Graf die Belamtschenschaft v. Kriegerheim's, der ihm mit Wechseln, die er weiter gab, half. Koch verhängnisvoller wurde ihm die Belamtschenschaft Kufferow's. Dieser hatte es im Schuldensmachen schon so weit gebracht, daß sein Vater, ein reicher Handelsherr, mehrere Zahlungen verweigerte. Zur persönlichen Verleßung mit Kufferow lernte der Graf noch weitere Mittel und Wege kennen, sich Geld zu verschaffen, ein Loch anzubrechen, um ein anderes zu stopfen. Sportplätze wurden allerwärts besucht, und die Zeit, die der grüne Major frei ließ, widmete man dem grünen Tische. Als Kufferow verschwand, bezog Graf Glogoffstein seine Wohnung. Wie viele Wechsel der Plüchtige dieses des großen Wofers zurückgelassen hat, weiß man noch nicht. Sonst hinterließ er seinem Freunde nichts als eine Bibliothek. Schon diese ist bezeichnend für ihn; sie enthält ausschließlich Werke über deutsches Strafrecht, Handels- und Wechselrecht und Zivilprozeß-Ordnung. Im Spiel hat Graf Glogoffstein stets Unglück gehabt, auch im Klub der Harmlosen. Möglich auch, daß ihm gegenüber das Glück fortrigt wurde. Viel zu verlieren hatte er zwar nicht. Es war im Wesentlichen nur das, was er sich hier und dort, jedesmal nicht ohne Mühe, zusammenrumpfte, um überhaupt den Klub und den Spieltisch besuchen zu können. Aber seine Schulden wurden immer größer. Seinen Vater ging er wiederholt an. Dieser weigerte sich jedoch, zu zahlen, als ihm die Höhe der Schulden klar wurde. Was die Beschleßungen betrifft, so ist in einem Falle bereits festgestellt, daß der Graf einen v. Kriegerheim'schen Wechsel in den Verleß gegeben hat, obwohl ihm von anderer Seite durch einen eingeschriebenen Brief mitgetheilt worden war, daß er eine Fälschung in Händen hatte. Der Verhaftete liegt gegenwärtig im Lazareth des Untersuchungsgefängnisses. Er leidet seit längerer Zeit, nachdem er eine schwere Influenza durchgemacht hat, und hat sich wiederholt am Halse mühen operiren lassen, so auch noch kurz vor seiner Festnahme.

Ein alter Schwindel in neuer Auflage. Mit welchem Raffinement die Berliner Gauner arbeiten, zeigt recht deutlich folgende Episode, die sich in der L'schen Anekdote in der Schwadow'straße zugetragen hat. Seit Wochen verkehrte daselbst ein Mann, welcher viel Gold und Werthsachen mit sich führte. Er gab sich für einen Goldwaarenhändler aus und spielte den noblen Mann. Letzten Sonntag Abend kam ein feingekleideter Herr in das Lokal, machte eine kleine Besuche und verwickelte den Wirth in eine Unterhaltung. Im Laufe des Gesprächs zeigte er dem Wirth einen Brillantring mit dem Bemerkten, ob er das Ding nicht brauchen könne. Nach längerem Hin- und Herreden erklärte der Wirth, den Ring zu kaufen. Der scheinbar zufällig anwesende Goldwaarenhändler wurde natürlich als Sachverständiger herangezogen, dieser erklärte den geforderten Preis von 150 M. für nicht zu theuer. Schließlich wurde das Geschäft mit 180 M. perfekt und einige Flaschen Sekt wurden außerdem noch gehoben. Am nächsten Tage bemerkte der Wirth an seinem Finger einen schwarzen Rand. Stupig geworden, ging er in ein größeres Juwelengeschäft, wo ihm der Verkauf wurde, daß der Ring aus Double-Gold verfertigt sei; der Stein sei ein ganz gewöhnlicher Simulstein. Der Goldwaarenhändler hat sich seit diesem Tage nicht mehr sehen lassen. In der von ihm angegebenen Wohnung ist er nicht zu ermitteln. Vor den Schwindlern sei hiermit gewarnt, denn wahrscheinlich werden sie dasselbe Manöver auch in anderen Lokalen versuchen.

Für Südwest-Afrika sind wiederum zwölf Mädchen angeworben worden, die am Dienstag von Hamburg nach der neuen Heimath abkomphen. Außer freier Hin- und Rückfahrt ist ihnen zunächst ein Monatslohn von 20 M. zugesichert, der nach sechs Monaten auf 25 M. und nach einem Jahre auf 30 M. steigt. Verbindung ist jedoch eine Verpflichtung auf zwei Jahre. Hoffentlich lehnen sie mit nicht allzu großen Enttäuschungen heim.

Die Abholungen im Thiergarten erfolgen jetzt auch im östlichen Theile des Parks, unweit des Brandenburger Thores. Hier sind südlich von der Charlottenburger Chaussee zwischen dem Hornsteig und der Sieges-Allee dieser Tage bereits eine große Anzahl Bäume aller Art gefällt worden, während weitere Abholungen bevorstehen. Der Bevölkerung erscheint es vollauf genug, daß in der „Sieges-Allee“ der schöne Baumbestand turiften Marmorfiguren weichen mußte und möchte das Bischen Baumbestand in und um Berlin sehr gern erhalten sehen.

Ein Mann, auf den das Signalement des Mörders der Vertha Singer passen soll, ist in Tempin verhaftet worden. Der Verdächtige heißt Johannes Gehel; der Arbeiter E. in Tempin, welcher wegen seiner Ähnlichkeit mit dem muthmaßlichen Mörder der Singer in Berlin 14 Tage in Untersuchungshaft war, hat schon bekundet, er kenne den Gehel und wisse, daß dieser mit der Ermordeten verkehrt habe. Gehel dagegen bestreitet jede Belamtschenschaft mit E. — (Nach den bisherigen Erfahrungen wird wohl auch diese „Spur“ eine falsche sein.)

Durch Leuchtgas wurde in der Nacht zum Donnerstag der 19-jährige Barbiergehilfe R. Jungnickel vergiftet, der bei dem Barbier Herrn Tieg, Lindenstr. 67, in Stellung war. Er kam Mittwoch Nacht etwas spät nach Hause und legte, wie der Befund am andern Morgen ergab, seinen schweren Ueberzieher über den der Schloßstelle befindlichen Gaslocher, wobei jedenfalls der Gasbahn theilweise geöffnet wurde. Als Tieg früh gegen 5 Uhr erwachte, verpürte er in der Wohnung einen starken Gasgeruch. Vorständig öffnete er alle Fenster, zündete jedoch kein Licht an, um eine Explosion zu verhindern. Als er dann das Schlafzimmer des Jungnickel betrat, fand er diesen tot im Bette liegen. Der ebenfalls in der Kammer schlafende 15-jährige Verklung lag röhelnd in dem Bette. Ein sofort herbeigerufener Arzt rettete den Lechtung aus der Gefahr. Die Leiche des verstorbenen Geblühen wurde noch im Laufe des Vormittags zum Schanhanie überführt.

Die Strafbehörden beschäftigen ein Selbstmord wegen der merkwürdigen Umstände, unter denen er begangen worden ist. Der 48 Jahre alte Richter Emil Plüschke aus der Zwinnmündstr. 103 spielte am Dienstag Abend in der Schanhanwirtschaft von Halben der Ebingerstraße 10 mit einem früheren Schanhanwirth Herber eine große Weiche aus, gerieth mit ihm in Streit und erbielt, nachdem er 5. zuerst gestochen hatte, einen Hieb mit einem Spazierstock über den Kopf. Weitere Thätlichkeiten verhinderte der Wirth. Plüschke, der eine blutende Wunde mitten auf dem Kopfe hatte, blieb noch eine Stunde in der Wirthschaft und ging dann nach Hause. Am folgenden Tage ah er mit seiner Frau und seinen beiden Söhnen in der Küche zu Mittag und ging dann in die Stube. Seine Angehörigen glaubten, daß er schlafen wolle, in Wirklichkeit aber verriegelte er die Thür und erhängte sich. Da Plüschke in guten Verhältnissen lebte und gar keinen Grund zum Selbstmord hatte, so glaubt man, daß der Hieb ihm das Gehirn verlegt und seine Geistesthätigkeit gestört hat. Der Schanhanwirth allerdings behauptet, daß er schon vorher tirsinnig gewesen sei und betäubt dagelassen habe.

Ein Entenjäger wurde gestern Nachmittag am Maybach-Ufer festgenommen. Seit einigen Jahren haben sich im Berliner Weichbilde eine Anzahl Wildenten eingemistet, die sich im Laufe der Zeit stark vermehrt haben und jetzt den Spreelauf, die Spree und Kanäle stark bedölkern, da die Thiere inmechall der Stadt den Säug der Bürger und Schiffern entgegen. Gestern Nachmittag wurde am Maybach-Ufer ein junger Mann beobachtet, der mit einem Lechtung nach den dort schwimmenden Enten sah und eine derselben tödtete. Hingekommene Arbeiter nahmen den Mann fest und übergaben ihn einem Gendarmen.

Selbstmordversuch. Mittwoch Vormittag stürzte sich die un- berechtigte Stiderin Margarethe S. aus dem Fenster ihrer im dritten Stockwerk eines Quergebäudes der Gleditschstraße gelegenen Wohnung auf den Hof hinab. Sie fiel auf einen aus Drahtgeflecht hergestellten Fährerpfahl und erlitt nur leichte Hautabschürfungen an den Unterarmen.

Urania. Heute findet im Hörsaal der Urania der zweite Vortrag des Völkerverein Dr. A. Peilborn über „Völkerverein“ statt. Das Thema lautet:

welch letztere man dadurch einzudämmen glaubte, und das Geschrei und Geräusch der bürgerlichen Parteien von der Arbeiterfrage, die sie praktisch durchzuführen verhindern, lediglich den Zweck haben soll, die vorwärts strebende Arbeiterklasse von ihrem Ziele abzulenken. Eine Diskussion über den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde nicht beabsichtigt. Für das im Monat März im Hauptsaal stattfindende Stiftungsfest des Wohlvereins wählte die Versammlung ein Komitee von 18 Mitgliedern, das gemeinsam mit dem Vorstande die notwendigen Arrangements zu treffen hat. Um einer Ueberfüllung vorzubeugen, wird nur eine beschränkte Anzahl Villetts zur Ausgabe gelangen. Die bekannt gegebene wurde, wird seitens der Gegner versucht, die Mandate von 2 Genossen, die als Arbeitgeber zu Vertretern des Gewerkschafts gewählt wurden, für ungültig zu erklären. In der hierauf folgenden längeren Diskussion wurden verschiedene Vorschläge hinsichtlich der Gewerkschaftswahlen erörtert und das Vorgehen der Gegner, die zu Unrecht die betreffenden Mandate beanspruchten, kritisiert. Nachdem der Vorsitzende noch mitgeteilt, daß zum 24. Januar zwei Versammlungen geplant sind, in denen Abgeordnete referieren werden und zur regen Agitation hierfür aufgefordert hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie.

In einer sehr gut besuchten Volksversammlung, die am Mittwoch in den Arminkuhlen tagte, hielt Frau Lily Braun einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Frau am Ende des neunzehnten Jahrhunderts. Die Referentin beleuchtete zunächst die rechtliche Stellung, welche dem weiblichen Geschlecht auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuchs angewiesen ist. Sie legte an der Hand der einschlägigen Bestimmungen dar, daß die Frauen auf dem Gebiet des Vermögensrechts, obgleich etwas freier als bisher gestellt, doch der Abhängigkeit vom Manne nicht ganz entzogen sind, und daß die Frau auch in ihrer Eigenschaft als Mutter immer noch dem Manne untergeordnet sei. Die Stellung der unverschuldeten Mutter sei nach dem bürgerlichen Gesetzbuch eine ebenso rechtlose geblieben, wie bisher. Aber nicht nur als Gattin und Mutter, sondern auch als Bürgerin sei die Frau rechtlos. Der wirtschaftlichen Entwicklung, welche die Frauen mehr und mehr zur Erwerbsarbeit zwingt, habe das bürgerliche Gesetzbuch nicht Rechnung getragen. Die Rednerin wies die Zunahme der Frauenarbeit an der Hand statistischen Materials nach. Wir haben jetzt in Deutschland 6 1/2 Millionen erwerbsfähiger Frauen, das ist etwa ein Drittel aller erwachsenen Frauen überhaupt. Verschwand nun die Zahl derjenigen erwerbsfähigen Frauen, die den bürgerlichen Klassen angehören: die überwiegende Mehrzahl rekrutire sich aus dem Proletariat und sei in solchen Verufen thätig, wo die Frauen der ihnen gezahlten niedrigen Löhne mehr und mehr die Arbeit der Männer verdrängen. Die deutsche Gesetzgebung thue fast nichts, um die weiblichen Arbeitskräfte vor übermäßiger Ausbeutung zu schützen. Man könne sich auch nicht entschließen, den Fabrikinspektoren gleichgestellte weibliche Aufsichtspersonen anzustellen. Eine so selbstverständliche Forderung, wie das Wahlrecht zum Gewerkschaftsgericht, werde den Frauen verweigert, obgleich doch in manchen Berufen vorwiegend Frauen arbeiten, und diese alles besser wie die Männer in der Lage wären, Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis des betreffenden Berufs zu beurteilen. — Während alle Bürger das Recht haben, Vereine zu bilden, ist die Frau von politischen Vereinen ausgeschlossen. Mag sie auch das größte Interesse an den Fragen des öffentlichen Lebens haben, die Frau muß nach wie vor schweigen in der Gemeinde. Weiter wies die Rednerin darauf hin, daß in allen Kulturstaaten, sogar in Rußland, den Frauen die Universitäten beziehungsweise der Zugang zu den höheren Berufszweigen, theils auch zu öffentlichen Ämtern offen ständen. Die deutsche Frau allein sei auch in dieser Hinsicht die rechtloseste unter den Frauen aller zivilisirten Länder. Die bürgerliche Frauenbewegung habe für die Arbeiterinnen nichts erreicht, diese hätten auch längst eingesehen, daß sie, wenn sie für sich etwas eringen wollen, sich nur auf sich selbst verlassen dürfen. Das wirtschaftliche Interesse der Arbeiterin erfordere zunächst den Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation. Da diese aber vielfach von den Behörden als politische Vereine angesehen werden, so sei den Frauen der Eintritt in die Gewerkschaft oft unmöglich gemacht, und dieser Umstand möge mit dazu beitragen, daß erst 15 000 Frauen gewerkschaftlich organisiert sind. Um die Frauen über ihre Interessen, ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und Verständnis zu erwecken für alle die Dinge, von denen die Frau, obgleich sie sie lebhaft angehen, nichts zu hören bekommt, sei es notwendig, die Bildungsbestrebungen der Frauen zu fördern. Weil aber die Arbeiterin durch eine tiefe Kluft von den bürgerlichen Frauen getrennt ist, können sie ihren Wissensdurst nicht in den Vereinen der letzteren befriedigen, sondern dazu bedürfe es besonderer Vereine für die Arbeiterinnen. — Das Problem der Frauenfrage liege auf wirtschaftlichem Gebiet, es bestehe darin, die durch die wirtschaftliche Entwicklung bedingte Loslösung der Frau vom Hause in Einfluß zu bringen mit ihren Pflichten als Mutter. Dieses Problem, das nur von der Sozialdemokratie in seiner wahren Bedeutung erkannt und gewürdigt wird, werde gelöst durch die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus. — Frau Bremer erinnerte hierauf an die früheren Versuche zur Gründung proletarischer Frauenvereine, sowie an die Schwierigkeiten, denen diese Versuche begegneten, und die namentlich hervorgerufen werden durch das Vereinsgesetz. Es solle jetzt, wenn die Arbeiterinnen damit einverstanden sind, ein neuer Versuch zur Gründung eines Vereins gemacht werden. Dabei werde man sich natürlich streng an die gesetzlichen Bestimmungen halten. Selbstverständlich könne und solle der Verein kein sozialdemokratischer Arbeiterinnen-Verein sein, denn die Arbeiterinnen dürfen nur einmal politische Vereine bilden. Es sollen nur Bildungsbestrebungen verfolgt werden. — Als Bezeichnung für den zu gründenden Verein schlug die Rednerin vor: Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. — Nach einem vorgelegten Statutenentwurf ist der Zweck des Vereins: Förderung des Wissens und Pflege der Geselligkeit. — Das Eintrittsgeld soll 20 Pf., der monatliche Beitrag gleichfalls 20 Pf. betragen.

Seine Debatte erklärte sich die Versammlung für Gründung des Vereins. Es wurde ein provisorisches Komitee eingesetzt, bestehend aus folgenden Personen: Frau Panzer, Frau Stod, Frau Lotz, Frau Klein, Frau Gasse.

Die Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß der soeben gegründete Verein wachsen und gedeihen möge.

Die Vertreter derjenigen Krankenkassen, die schierganz mit der freien Vereinigung der Badeanstaltsbesitzer, kontraktlich einen gemeinsamen Tarif für Bäder festlegten, hielten am Mittwoch Abend im „Dresdener Garten“ eine Sitzung ab, zu der auch Mitglieder obiger Vereinigung, sowie die Direktion des „Admiralsgarten-Bades“ erschienen waren. Obwohl diesem Tarif eine ganze Anzahl von Kassen beitrugen, waren diesmal nur 8 vertreten, und zwar: Bildhauer, Bierbrauer (Hilfskasse), Graveure, Kaufleute, Mechaniker, Steindrucker, Instrumentenmacher und vereinigte freie Hilfskassen. Bevor man den eigentlichen Punkt der Tagesordnung, Wahl einer gemischten Bescheidungskommission“ erledigte, kam es zu einer ausgedehnten Debatte über die Vorzüge der natürlichen und künstlichen Salz- bäder. Für letztere wird laut Tarif 60 Pf. entrichtet; die Direktion des Admiralsgarten-Bades jedoch trat diesem Abkommen nicht bei, indem — wie die Herren Direktoren Korden und Bauer verschiedentlich versicherten, es ihrer Gesellschaft absolut unmöglich sei, ihre Natursalzbäder zum selben Preise abzugeben; wenn ihrerseits pro Bad 70 Pf. erhoben werde, so sei dies ein Preis, bei dem noch Geld zugegeben werde, im Uebrigen können künstliche Bäder keineswegs mit Natursalzbädern konkurriren. Dieser Behauptung wird seitens der freien Vereinigung mit Gutachten des Professors Fresenius, Stohurt und des Chemikers Dr. Bischoff Berlin entgegengetreten, in denen die Vorzüge der künstlichen Bäder betont werden. Von der Direktion des Admiralsgarten-Bades war

Herr Professor Dr. Baginski, Direktor des Kaiserin Friedrich-Krankenhauses, erücht worden den Versammelten seine Ansicht in dieser streitigen Frage kundzugeben. Derselbe giebt in kurzer Ausführung wohl den Naturbädern den Vorzug, jedoch ohne die künstlichen als minderwertige oder gar nachtheilige hinzustellen; habe er zwischen beiden die Wahl, so werde er „mal zwischen Butir und Margarine seine Wahl treffen“. Nach nochmaliger umfangreicher Debatte bleibt die Direktion des Admiralsgarten-Bades auf ihrem bisher behaupteten Standpunkt, worauf die Versammlung beschließt, die Frage, ob Grund dessen von der Gesellschaft noch andere Bäder entnommen werden sollen, in der nächsten Sitzung zu debattieren. Es wird nun eine siebenköpfige Bescheidungskommission gewählt. Die Vereinigung der Badeanstaltsbesitzer stellt drei Vertreter und ebensoviel Stellvertreter; seitens der Kassenvertreter werden Stuhlmann, Schlanker, Straube und Grünberg gewählt.

Die Maurer der lokalen Richtung hielten am Mittwoch eine sehr gut besuchte öffentliche Versammlung bei Keller, Koppenstraße, ab. Zunächst erstattete Natull den Kassenbericht. Danach betrugen die Einnahmen vom 13. Mai bis 31. Dezember 1898 insgesamt 28 473,21 M. Die Ausgaben in derselben Zeit 17 809,11 M., sodas ein Kassenbestand von 10 574,10 M. verblieb. Unter den Ausgaben befinden sich 9 625,50 M. für Vausperren, 1 297,50 M. für Gemahregelten-Unterstützung, 305,63 M. für Projektkosten; Streik-Unterstützung nach Halle 800 M. und nach Müdersdorf 500 M. Ferner wurde an die Bescheidungskommission der durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften zur Unterstützung von Streiks und Agitation die Summe von 2300 M. abgeführt. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und dem Kassirer auf deren Antrag die Decharge erteilt. Den Bericht für die Lohnkommission gab Meyle. Nach den Ausführungen des Redners haben in der oben angegebenen Zeit 20 öffentliche Versammlungen stattgefunden. Die Lohnkommission hielt 24 Sitzungen ab und ferner fanden drei Baudeputirten-Sitzungen statt. Flugblätter kamen 30 000 zur Vertheilung. An den Sammlungen zu den Fonds beteiligten sich 3242 Maurer. Die von der Lohnkommission vorgenommene Arbeitslosen-Statistik ergab, daß 1873 Maurer insgesamt 8949 Wochen arbeitslos waren und dadurch einen Lohnausfall, die Woche mit 30 M. berechnet, von 247 470 M. zu verzeichnen hatten. Die günstigste Zeit war die Woche vom 18. bis 23. Juli mit 42 Arbeitslosen, die ungünstigste die Woche vom 14. bis 19. März, in der 574 Arbeitslose gemeldet waren. Des Weiteren hat die Statistik ergeben, daß die älteren Maurer mit einer längeren und andauernden Arbeitslosigkeit zu rechnen haben, als die jüngeren. Auf 18 Bauten wurde durch die Verhandlungen der Lohnkommission mit den Unternehmern eine Lohnerhöhung erzielt, ohne daß es zur Arbeitsniederlegung kam und auf 11 Bauten wurde in derselben Weise die Wiedereinstellung Gemahregeltes durchgesetzt. Vausperren haben 90 stattgefunden, die zum großen Theil zu Gunsten der Arbeiter beendet wurden. Beihilft waren hierbei 723 Maurer mit 3208 1/2 Tagen und verursachten die Sperrten einen Kostenaufwand von 9625,50 M. Mehrere Vausperren wurden durch die „arbeitswilligen“ Nordmänner, deren Verein dafür von dem Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister und dessen Organ, der „Baugewerks-Zeitung“, eine besondere Anerkennung zu Theil wurde, illusorisch gemacht. Gemahregelt wurden auf 61 Bauten 83 Maurer, die für 432 1/2 Tag 1297,50 M. Unterstützung erhielten. Der Redner, der noch mittheilte, daß mehrere Polire der Bewegung sympathisch gegenüber stehen und sogar vielfach für die Arbeitsbeschaffung von Gemahregelten Sorge tragen, gab am Schluß seiner Ausführungen der Meinung Ausdruck, daß allem Anschein nach in diesem Jahre noch schwerere Kämpfe bevorstehen und demzufolge alle Anstrengungen zu machen sind, um die Interessen der Bewegung thätig zu sein.

In die Lohnkommission wurden hierauf für dieses Jahr Meyle, Kater, Bredered, Natull, Brätsch und G. Behrend gewählt. Als Revisoren fungiren Kaufmann und Odon. Die Renwahl der Vertrauensmänner ergab folgendes Resultat: Norden: Jests, Nord-Ost: Schulze, Osten: Baber, Süd-Ost: Nährig, Süden: Gottfr. Schulz, Westen: Weinhold, West-Ost: Jsmar, Wedding: D. Heidler, Oranienburger Vorstadt: Edwinkeln, Friedrichsberg: Redel, Kummelsburg: Marquardt, Weizenlee: Schilling, Pantow-R. Schönhausen: Rippler, Rixdorf: Vog, Charlottenburg: Albrecht und Friedrichsberg: Kubitzki.

Beabsichtigt wurde sodann, daß die neuen Sammelarten für dieses Jahr von Montag, den 16. d. M. ab, bantenweise zu Ausgabe gelangen. Zu diesem Zweck hat die Lohnkommission Listen anfertigen lassen, in die jeder Baudeputirte sämtliche Namen, Wohnung, Nummer der früheren Sammelarten, das Alter der Betroffenen und die Organisationsnummer einzutragen hat. Die ausgefüllten Listen sind an die Kommission zuzugestellen und erhalten die Baudeputirten hierauf später die Karten ausgehändigt. Nach längerer Diskussion gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach mit den Sammlungen zum Streikfonds in der Woche vom 30. Januar bis 4. Februar begonnen werden soll. Der wöchentliche Beitrag beträgt 25 Pf. Diejenigen, die arbeitslos sind, sind verpflichtet, an einem der letzten drei Tage in der Woche ihre Sammelkarte der Lohnkommission zur Abstempelung vorzulegen, damit am Schluß des Jahres die Arbeitslosigkeit der Beihilftigten genau festgestellt werden kann.

Zum Schluß beschloß die Versammlung, der Bescheidungskommission der durch Vertrauensmänner zentralisirten Gewerkschaften 1000 M. zur Unterstützung der streikenden Weber in Arefeld zu überweisen.

Eine Charlottenburger sozialdemokratische Versammlung, die am 11. Januar tagte, nahm folgende, von Hirsch eingereichte Resolution an: Die Parteigenossen Charlottenburgs halten die Gründung eines Organs für notwendig, das die Interessen Charlottenburgs, namentlich auf kommunalem Gebiete, besser wahrnehmen kann, als es heute der Fall ist. Sie sind der Ueberzeugung, daß ein solches Organ spätestens am 1. April dieses Jahres ins Leben treten muß, sehen jedoch mit Rücksicht darauf, daß von maßgebender Seite die Gründung eines „Volksblattes für Teltow-Beeskow“ geplant ist, von einer endgiltigen Beschlußfassung für heute ab und erklären sich bereit, falls das Teltow-Beeskower Blatt bis zum 1. April ins Leben tritt, von der Gründung eines Charlottenburger Organs zu Gunsten eines Organs für den gesammten Kreis Abstand zu nehmen. Sollte das Projekt bezüglich des Kreisblattes jedoch nicht bis zum 1. April verwirklicht werden können, so erscheint es angebracht, mit der Schaffung eines Organs für Charlottenburg und Spandau selbständig vorzugehen. Die definitive Entscheidung wird einer neuen, spätestens bis Mitte Februar einuberufenenden Versammlung überlassen.

Der Referent Sabor hatte betont, daß das neue Blatt kein Konkurrenzblatt des „Vorwärts“, sondern dessen Ergänzung werden solle. Das beabsichtigte Kreisblatt sei nach seiner Ansicht nicht lebensfähig, da von ihm zu viel verlangt werden würde. Redaktions- und Verwaltungskosten würden nicht entstehen, da sich schon Personen zur mientgehaltigen Berichtigung der nöthigen Arbeiten gemeldet hätten. In der äußerst lebhaften Diskussion, an der sich die Genossen Hirsch, Sadefow, Sigrift, Menge, Eberhard, Sellin, Gehrle, Kube, Dittmar und Otto Klein-Rixdorf beteiligten, wurde besonders die vom Referenten aufgestellte Berechnung bezweifelt. Die 2000 Abonnenten und 2 Seiten Annoncen, die bei einer Auflage von 5000 nöthig seien, würden sich kaum schaffen lassen. Ein Wochenblatt könne schließlich auch nur solche kurze Berichte bringen, wie der „Vorwärts“. Besser seien kurze, zeitliche Notizen, als lange Berichte, die zu spät kommen, wie das bei einem Wochenblatt oft geschehe. Andere Redner meinten, daß es nöthig sei, die Pöflichkeit auch in politischer und gewerkschaftlicher Beziehung zu beseitigen. Sie glauben, daß ein Wochenblatt dazu im Stande ist. Die gelegentlichen Flugblätter könnten nicht die Wirkung ausüben. Ein dadurch erzielter Aufschwung der Parteiverhältnisse in den Vororten käme auch der übrigen Partei zu Gute.

Der sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ in Rixdorf hielt vorgestern seine Generalversammlung im großen Saale der Vereinsbrauerei ab. Sie war sehr gut besucht. Zunächst erstatteten

der Kassirer und der Vorstand ihren Rechenschaftsberichte, nach welchem der Verein im vierten Quartal des Vorjahres eine Einnahme von 501,03 M. und eine Ausgabe von 259,10 M. zu verzeichnen hatte, so daß die Kasse einen Bestand von 281,93 M. aufwies. Der Verein zählt 500 Mitglieder, die sich über die verschiedensten Berufe vertheilen. Nachdem noch der Kassirer eine vorläufige Abrechnung über das Weihnachtsergebn gegeben hatte, erhielt Reichstags-Abgeordneter Emil Rosenow das Wort zu einem Vortrage über „Bürgerthum und Arbeiterklasse am Anfang einer neuen Zeit“. Der Vortragende erkannte den Beginn einer neuen Epoche an den Umwälzungen auf den Gebieten der Technik, den neuen Anschauungen der Gesellschaftswissenschaft, der Kunst, der Literatur, wie überhaupt der vollständigen Wandlung in unseren geistigen Vorstellungen. Die Zeit, die jetzt dahinstrebe, sei die Epoche des Bürgerthums gewesen. Auf den Trümmern der feudalen Gesellschaft habe die bürgerliche Gesellschaft sich aufgebaut, in welcher der Kapitalismus zur höchsten Entwicklung gelangen konnte. Den Verfall des Bürgerthums wies der Redner an den verschiedenen Zeitereignissen nach, wie auch den Verfall der bürgerlichen Parteien. Die zu Ende gehende Epoche habe in Vielem Ähnlichkeit mit der Gesellschaft des römischen Weltreiches in den Zeiten der Völkerwanderung. Die Arbeiterklasse schreite sich vorwärts und erlinge sich immer größeren wirtschaftlichen und politischen Einfluß. Ihr und dem Sozialismus gehöre die Zukunft. An den mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich seine Diskussion. Bei dem Punkte Vereinsangelegenheiten forderten der Vorsitzende Meyer, Kotschy u. A. die Vereinsmitglieder energisch auf, sich an der Agitation wie namentlich an der Flugblattverbreitung für die kommende Stadtverordnetenwahl zu beteiligen. Nachdem noch der Bibliothekar einen kurzen Bericht gegeben hatte, fand die Versammlung um zwölf Uhr ihr Ende.

Vermischtes.

Eisenbahn-Unfall. Aus Halle wird amtlich gemeldet: Am 11. d. M. entgleiste der in Beeskow um 10 Uhr 10 Min. fällige gemischte Zug auf der Strecke zwischen Bückow und Beeskow. Die Lokomotive ist umgestürzt, zwei Personenwagen sind beschädigt. Der Heizer der Lokomotive erlitt einen Unterschenkelbruch, ein Reisender eine leichte Verletzung an der Stirn. Der Personenverlehte wird durch Umseigen an der Unfallstelle aufrecht erhalten.

In einem Dampfagewerk in der Ortschaft Splitter bei Tilsit fand eine Dampfseifelexplosion statt, wodurch zwei Personen schwer und zwei leicht verwundet wurden.

Aus dem Untersuchungsarrest sind in Löben (Ostpreußen) zwei Soldaten des ostpreussischen Infanterie-Regiments Nr. 45 entflohen, die wegen eines Einbruchdiebstahls in der Kantine verhaftet worden waren. Man vermulhet, daß sie sich nach der russischen Grenze gewendet haben.

Ueber einen durch durchgegangene Pferde herbeigeführten Unglücksfall wird dem „Berl. Tagbl.“ aus Vissa, Provinz Posen, gemeldet: Die Pferde eines Kutschwagens, in welchem sich die beiden Rittergutsbesitzer Opiz v. Woberfeld und v. Heydenbrand und der Laska befanden, gingen durch und rannten gegen einen Laternenständer, wobei der Wagen vollständig zertrümmerte. Die beiden Insassen des Wagens sowie der Kutscher wurden auf das Strohkissen geschleudert und erlitten erhebliche Verletzungen. Ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle.

Schiffsbrand. Der Dampfer „Victoria“ von der Veloco-Kompagnie, nach Buenos Aires bestimmt, mußte dem „Berl. Tagbl.“ zufolge in Alicante anlaufen, da im Laderaum Feuer ausgebrochen war; die Bemühungen, den Brand zu löschen, sind bis jetzt vergeblich. 450 Passagiere und die Besatzung mußten insofern dessen landen. Der Brand ist durch vier „blinde Passagiere“ entstanden. Die vier Personen, welche sich auf den Dampfer geschlichen hatten, um die Fahrt gratis mitzumachen, hatten in der unmittelbaren Nähe von Schwefelsäure, die zur Ladung gehörte, Zigarren angezündet und geraucht.

In Lüden bei Hannover sind sämtliche Bürgerschulen wegen ansteckender Augenkrankheiten der Kinder (Augenlid- Bindehautkatarrh) auf polizeiliche Anordnung bis auf Weiteres geschlossen worden. Der Polizeibericht giebt die Zahl der erkrankten Kinder auf ungefähr 2000 an. Es hat sich herausgestellt, daß in vielen Fällen eine ärztliche Behandlung unterblieben war. Deshalb hat jetzt die Behörde eine ärztliche Untersuchung und Behandlung derjenigen Kinder angeordnet, die nicht schon durch ihre Familie in die Behandlung eines Arztes gegeben sind. Diese Behandlung wird mientgehaltig erfolgen. Es wird also hier das Prinzip des „Schularztes“ aus Anlaß eines bestimmten Falles ins Praktische überführt. Wäre diese überaus nothwendige Einrichtung bereits in Thätigkeit gewesen, so würde die Epidemie, trotz der großen Ansteckungsabigkeit der erwähnten Erkrankung, wohl kaum eine so ungeheure Ausdehnung erreicht haben.

Der Plan der Stadt Rom, durch den Quirinalhügel einen Tunnel zu bohren, um die Verkehrsverhältnisse der Stadt zu verbessern, wird in absehbarer Zeit verwirklicht werden. Der Tunnel soll 16 Meter breit werden und für Fußgänger, Wagen und eine elektrische Straßenbahn dienen. Die Ausbuchtung des Tunnels wird etwa 7 Monate in Anspruch nehmen und von der Stadt an private Unternehmer vergeben werden. Der Tunnel wird nicht horizontal geführt, sondern ansteigend, sodas er durch den Quirinalhügel hindurch die Höhe des Viminal und des Esquilin gewinnt. Auf diese Weise wird es möglich, eine elektrische Straßenbahn zu erbauen, die das auf den Hügel gelegene Rom mit den in der Ebene sich ausbreitenden Stadttheilen verbindet. Die Straßenbahn soll ihren Anfang außerhalb der Porta del Popolo im Norden der Stadt nehmen und schließlich an der Porta San Giovanni enden.

Die Verpachtung der Cäciler Spielfläche wird gegenseitig vom dortigen Gemeinderath öffentlich ausgeschrieben. Der Zuschlag erfolgt auf vier Jahre an den Meistbietenden. Folgende vier Angebote sind eingegangen. Es boten an, nämlich zu zahlen: Corberon de Lamoy (Lüttich) 1 735 550 Fr., Baron de Cates (Paris) 1 530 000 Fr., Deloche (Montauban) 1 359 000 Fr. und Blanc (Paris) 1 375 000 Fr. Der Gemeinderath wird in dieser Woche den Zuschlag erteilen.

In Kalkutta sind mehrere Pestfälle vorgekommen. Der Staatssekretär für Indien und die auswärtigen Regierungen wurden hiervon in Kenntniß gesetzt.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen, gegr. 1892. Jeden Freitag, Abends 7 Uhr, Jahrlabend bei Rehnwald, Alte Jakobstr. 54, 55. — Neue Mitglieder werden jederzeit aufgenommen.

Elektrischer Gewerksverein. Sonnabend, den 14. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, Schillingstr. 36: Sitzung.

Vilberhaimmacher. Versammlung am Montag, den 16. Januar, bei Stramm, Rüterstraße 123. Tagesordnung: Einführung der Vereinszeitung.

Witterungsübersicht vom 12. Januar 1899, Morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoh. mm.	Wind- richtung.	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. N.	Stationen	Barometer hoh. mm.	Wind- richtung.	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. N.
Swinemüde	754	S	4-100Mg	1	1	Bayreuth	746	N	4-60Mg	3	3
Hamburg	753	WSW	4-60Mg	3	3	Berlin	742	WSW	3-60Mg	3	3
Berlin	750	WSW	4-60Mg	3	3	Berlin	738	WSW	3-60Mg	3	3
Wiesbaden	761	WSW	2-100Mg	3	3	Wien	760	S	3-60Mg	3	3
München	764	WSW	5-100Mg	3	3						
Wien	763	SW	1-100Mg	1	1						

Wetter-Prognose für Freitag, den 13. Januar 1899.
Warm und zeitweise heiter, vielfach wolfig mit etwas Regen und frischen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Zweiter deutscher Seemanns-Kongress.

Hamburg, 11. Januar 1899.

Die Debatte über „Arbeiter-Schutzgesetz“ wird fortgesetzt. Reichstags-Abgeordneter Schwarz: Es liegt eine große Ungerechtigkeit darin, daß Angehörigen keine Unfallrente gezahlt wird, sobald sie im Auslande wohnen.

Am Sonntag, den 15. d. M., Vormittags 10 Uhr, in Keller's Festsaal, Koppenstraße 29: Grosse Generalversammlung der Filialen Berlin II und III des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 15. Januar, Nachmittags 1/2 6 Uhr: Oeffentl. Versammlung für Männer und Frauen im „Köhlner Hof“, Köhlnerstraße Nr. 8.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.) Montag, den 16. Januar 1899, Abends 8 Uhr: Branchen-Versammlung der Telephonisten-Lithier in Rautenberg's Festsaal, Cranienstraße Nr. 180.

Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher

Sonntag, den 15. Januar 1899, Vormittags 10 Uhr: Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher im Lokal des Herrn Schiller, Rosenthalerstraße 57.

Zentralverband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin. Sonntag, den 15. Januar 1899, Vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Verband der Sattler und Tapezierer.

Sonabend, den 11. Januar, Abends 9 Uhr: General-Versammlung im „Englischen Garten“, Alexanderstraße Nr. 27 c.

Grosser Wiener Maskenball

Sonabend, den 28. Januar 1899: Grosser Wiener Maskenball in Cohn's Festsaal, Beuthstraße 19.

„Jägerhaus“, Schönhauser Allee 103.

theilungen — mit eigenen Pumpen vorgesehen werden. Jetzt sehen wir, daß in den großen eisernen Segelschiffen sich nur vorn und hinten je ein Kollisionschott befindet, während der übrige Raum in der Mitte nicht abgetheilt ist.

Auf Antrag wird der 8. Punkt der Tagesordnung: „Die Bemanning der Schiffe“, mit diesem Punkt verbunden. Hierzu bemerkt:

S. Müller-Hamburg: Die Frage der Bemanning ist bereits angeschnitten worden, was ja in der Natur der Sache liegt. Die Bemanning ist sowohl auf den Nordsee- als auch den Ostsee-Schiffen überall eine zu schwache.

Heinrich-Hamburg: Die Bemanning ist bei unseren modernen Schnelldampfern zwar meist vollständig, aber wie sieht sie aus. Ich habe einmal auf einem Schnelldampfer, der auch mit voller Mannschaft von hier ausfuhr, zusammen mit dem Stornkeeper in der Zeit von 12 bis 4 Uhr 25 Mann aus dem Raum an Deck getragen.

Mebrere Redner führten Klage darüber, daß die Rettungsboote stets mit Proviant und Anderem vollgestopft sind und immer erst entleert werden müssen, wenn einmal etwas passiert.

stets mit Proviant und Anderem vollgestopft sind und immer erst entleert werden müssen, wenn einmal etwas passiert.

Nach dem Schlußwort des Referenten werden folgende Resolutionen angenommen:

Aus Seemannskreisen ist die Reichsregierung wiederholt ersucht worden, zum Schutz der Schiffbesatzungen und Passagiere eine reichsgerichtliche Kontrolle über den Schiffbau inklusive sanitärer Einrichtungen, sowie über die Seetüchtigkeit der in Fahrt befindlichen Schiffe einzuführen.

In Erwägung dessen, daß die Erhaltung von Schiff, Ladung, Leben und Effekten sowohl der Mannschaften wie auch der Passagiere von einer guten und den Verhältnissen entsprechenden Mannschaft abhängig sind, fordert der zweite deutsche Seemanns-Kongress reichsgerichtliche Bestimmungen bezüglich der Bemanning deutscher Aufseherschiffe.

Nach kurzer Diskussion wird eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution einstimmig angenommen.

Mit einer kurzen Ansprache, die in einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung ausklingt, schließt der Vorsitzende Hoffmann sodann den Kongress.

Achtung, Maurer!

Am Sonntag, den 15. d. M., Vormittags 10 Uhr, in Keller's Festsaal, Koppenstraße 29: Grosse Generalversammlung der Filialen Berlin II und III des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins und Umg.

Sonntag, den 15. Januar, Vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokal des Herrn Wilke, Andreastr. 26.

Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

(Gruppe Rabitzpauer und Berufsgenossen.) Sonntag, den 15. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Zabell, Lindenstrasse No. 106: Mitglieder-Versammlung

Achtung! Rabitzpauer. Achtung!

Sonntag, den 15. Januar 1899, vormittags 11 Uhr, in Keller's Festsaal, Koppenstraße 29: Kombinierte Mitglieder-Versammlung der Zahlstellen II u. III des Verbandes deutscher Maurer.

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnisverein der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins.

Sonntag, den 15. Januar, Vormittags 10 1/2 Uhr, Langestr. 65: General-Versammlung.

Achtung, Bauarbeiter!

Sonntag, den 15. Januar 1899, Mittags 12 Uhr, in Cohn's Festsaal, Beuthstraße Nr. 19: Oeffentliche Versammlung der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umg.

Karl Haseloff

sage ich hiermit allen Freunden und Bekannten, Herrn Dr. Alan, dem Komptoir- und Hauptpersonal, der Vereinigung der Maschinen- und Heizer sowie sämtlichen Hausbewohnern meinen innigsten Dank.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Den Kollegen zur Nachricht, daß am 10. Januar unter Kollege May Wöllner verstorben ist.

Gustav Patzsch

am Mittwoch, den 11. Januar 1899, früh 7 1/2 Uhr, sanft entschlafen ist. Die trauernden Hinterbliebenen: Anna Patzsch geb. Wimmer u. Kinder.

Verein deutscher Schuhmacher.

Sonabend, den 11. Januar, Abends 9 Uhr: Letzte Filial-Versammlung bei Schiller, Rosenthalerstr. 57.

Pankow! Nieder-Schönhausen! Maurer, Zimmerer!

Sonntag, den 15. Januar, Nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokale der Dwe. Köll. fr. Barwalb, Pankow, Spandauer u. Kreuzstr. 64c: Oeffentliche Versammlung

Charlottenburg!

Grosses Lager! Reparaturen gut und billig. Uhrmacher F. Kunstmann, Wallstrasse 1.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 13. Januar.
Opernhaus. Bakken und Bakken. Die Einführung aus dem Serail. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die Puppelstirn. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Büchmann Henschel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Peking. Das liebe ich. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Don Carlos. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Mamfede Tombillon. Soher: Der Kuchensinger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Hofgast. Anfang 7 1/2 Uhr.
Motropol. Die kleinen Mädchen. Dienstag: Die Engelsjäger. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Beltrane. Anfang 8 Uhr.
Weiten. La Traviata (Violetta). Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Zeitsch. Und liebe Geld. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Mein Leopold. Anfang 7 1/2 Uhr.
Welle-Allee. Graf Waldemar. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmshäufchen. Ende Tomis Hütte oder: Skavenleben in Amerika. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verdohene Liebe. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Emma von Falkenstein. Die eingewanderte Nonne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kronia. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Die Urgelt des Menschen“.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Freitag 8 Uhr:
Die Leibrante.
 Sonnabend 8 Uhr:
Hannes Himmelfahrt.
 Dienstag: Abu Seid.
 Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Die Räuber.
 Abends 8 Uhr:
Hasemanns Töchter.

Ostend-Carl Weitz-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
 Wohlthätigkeits-Vorstellung des Vereins für häusliche Gesundheitspflege (Stralauer und Rühligsdorfer).
 Zum 20. Male:

Der Brandstifter

Enfaltungsfähiges Aufnahmestück mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von G. Donkowski. Musik von E. Hall. Im Tannet von 6 1/2 Uhr an Drei-Konzert. Anfang der Vorst. 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Der Brandstifter.
 Sonnabend: 6. Schiller-Vorstellung: Wilhelm Tell. Anfang 7 1/2 Uhr. Kleine Preise.

Luisen-Theater

31. Neichenbergerstr. 31.
 Novität! Abends 8 Uhr: Novität!
Um's liebe Geld.

Die berühmte Widerpenntige.

Sonntag Nachm. 3 Uhr:
 Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.

Sean oder Genie u. Leidenschaft

Abends 8 Uhr:
Die berühmte Widerpenntige.

Motropol-Theater.

Gebrenstr. 51/57. Dir. Rich. Schultz.
 Zum 18. Male:
Die kleinen Mädchen.
 Operette in 3 Akten v. André Messager. Dienstag:
Die Engelsjäger.
 Ballet in 14 Bildern von J. Regel und J. Bayer.
 Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: Diefelbe Vorstellung.

Volks-Theater im Welt-Restaurant

Dresdener-Str. 97.
 Dir. A. Kollh. Art. Leiter: A. Runge
 Täglich:
Große Gala-Spezialitäten und Theater-Vorstellung.
 Novität! Durch die Blume. Große Lustspiel-Operette.
Unter Volke! Lustspiel. Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag: 50 Pf. Rud. Sabroto, phänomen. Jongleur. Rudin, Jamborparaden.
 Sonntag 6 Uhr. Ende 11 Uhr. Anfang: Wochent. 8 Uhr.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
 Im Theater:
Reiseskizzen aus dem Orient.
 Im Hörsaal:
Dr. Heilborn: Familie und Staat. (Völkerkunde II.)
 Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum.

Ständlich:
Krieger des Mahdi.
 (Männer, Frauen und Kinder.)
 40 Leute vom Sudan.

Castan's Panopticum.

Die **SIOUX-INDIANER** sind da!

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas Mein Leopold.
 Original-Vollstück mit Gesang in 3 Akten (6 Bildern) v. Adolph Arronge. Musik v. R. Bini. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonntag, den 15. Januar, Nachm. 3 Uhr, bei bedeutend ermäßigten Preisen: **Der Eva-Äpfel.**

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
 Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ardouneau und Samy. Musik von Ed. Kadran. Die Puppen haben nach dem zweiten und dritten Akte. Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).** Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: **Der Vetterhudent.** Operette von Carl Millöcker.

Olympia-Theater

Karlstr. (Circus-Ring) Karlstr. Heute, sowie Sonntag und die folgenden Tage
 Abends 8 Uhr:
Mene Tekel.
 Jeden Sonntag Nachm. 3 1/2 Uhr:
Dornröschen.
 Halbe Preise. 1 Kind frei.
 Morgen Sonnabend, 14. Januar:
 Keine Vorstellung.
 Abends 10 Uhr:
I. Gr. Masken-Ball.
 Neue orig. Balltänzerleistungen.
Kolossal-Ballet
 ausgeführt von geübten Ballett-Performer.
6 Musik-Kapellen.
 Einmaliges Gastspiel
Johann Lumpe.
 Emma von Falkenstein oder:
Die eingewanderte Nonne.
 H. K. H. Die berühmte Gesellschaft der Klavierbegleitung und feenhafter bengalischer Besetzung.
 Das geachtete Publikum wird gebeten, beim Ausbruch des Theaters möglichst zu sein.
Oekonomie: J. Schaurté,
 Monopol-Hotel mit
J. Hütt, Olympia-Theater.

W. Noack's Theater

Brannenstr. 16.
 Heute, Freitag, den 13. Januar:
Alpen-Röschen.
 Mädchen-Pöffe mit Gesang in 3 Akten von E. Vindler. Musik von Conrad.
3. Ziehung d. 1. Klasse 200.000. Reich. Lotterie.
 Ziehung vom 12. Januar 1909.
 Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Gewinnern in Barreitsch beigelegt.
 (Ohne Gewähr.)

Die eingewanderte Nonne.

30318 419 81 [150] 632 982 81145 915 356 71 412
 805 982 32140 214 [190] 407 75 567 709 73 590 43784
 34043 172 373 456 982 35344 107 235 378 588 [150]
 738 36024 128 317 317 317 317 317 317 317 317 317
 85 691 161 847 98 34857 95 406 67 540 748 82 58 847
 30939 455 519 829 72 925
 40603 127 347 56 296 785 99 915 66 41306 40 409
 88 560 760 42021 41 67 82 109 10 830 611 41 [150] 739
 820 48200 585 490 638 638 715 824 44094 478 632 70
 919 [100] 93 45094 50 825 651 [150] 740 896 961 40005
 14472 98 [100] 217 57 557 686 830 900 47018 12447 83
 98 580 516 42 62 48022 300 540 59 87 649 61 915 88
 40115 244 674 654 765 840 903 47 71
 50069 172 281 322 60 502 658 775 848 988 76
 51162 68 278 512 607 700 917 52106 46 250 69 490
 53218 77 302 423 57 520 615 799 836 945 [100] 54116
 [150] 59 246 91 311 733 63 55219 339 469 836 98 883
 56118 210 317 745 59 829 83 938 57160 62 278 430
 755 79 851 900 34 49 84 30079 551 85 59114 240
 387 426 229 [100] 629 [100] 896 949
 60237 656 696 783 663 61015 168 812 924 62006
 47 10 152 [100] 94 490 23 544 612 909 30 63022 37 225
 426 43 632 76 891 64048 230 357 471 522 69 789 676
 65097 104 43 310 682 900 58 60130 324 65 464 803
 68 986 167182 87 298 308 506 895 68838 665 811 85
 69218 484 750 821 37 910 68
 70033 100 [500] 333 678 660 702 834 71023 106 79
 426 99 72125 90 230 250 767 828 73077 230 87 315
 426 511 32 416 775 982 74146 10 295 314 82 914 [100]
 75313 590 634 57 978 70142 362 85 7102 671 804 27019
 699 962 69 78117 231 538 749 57 59103 60 229 329
 501 816 97 914
 80011 16 100 538 46 57 95 407 29 583 622 751 810
 81108 28 295 748 58 810 82024 122 65 250 [150] 358
 423 89 525 721 818 79 81048 232 356 611 43 [100] 89
 84465 908 80588 290 471 744 46 76 [150] 834 86208
 19 485 324 687 87611 44 98 747 801 31 88 90 88306
 416 982 80622 133 376 667 728
 90144 71 385 461 561 689 91030 135 272 325 49
 [100] 472 535 [100] 673 630 36 76 929 92362 448 828
 92918 219 587 [100] 822 830 941 52 94284 [100] 920
 554 965 35 95338 456 618 708 934 900 32828 781 97075
 258 889 472 [100] 454 65 603 98524 945 90118 70 338
 62 691 [100] 708 75 252
 100017 479 91 583 874 994 101056 88 172 230 43
 822 591 680 719 102095 214 [100] 319 875 954 97
 103806 912 409 581 639 307 104170 372 99 560 749
 105156 90 259 408 451 657 881 939 100057 138 39 242
 308 412 [100] 559 [150] 744 896 107662 267 540 830
 985 108117 77 88 87 299 761 975 109002 19 225 83
 489 518 617 30 747 994.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
 Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ardouneau und Samy. Musik von Ed. Kadran. Die Puppen haben nach dem zweiten und dritten Akte. Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).** Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: **Der Vetterhudent.** Operette von Carl Millöcker.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hütt.
 Täglich: **Grosses Konzert** der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Öbner und **Grosses Spezialitäten-Vorstellung** unter Regie des beliebtesten Humoristen Gustav Kluck.
 Das vollständig neue Januarprogramm. Anf. Nachm. 6 1/2 Uhr. Sonnt. 50 Pf. Eintritt Wochent. 10 Pf. Sonnt. 50 Pf.
Bereitszimmer nach dem Garten gelegen, Montag und Mittwoch frei.
 Dr. Scholz, Rammenstr. 6.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
 Das erfolgreiche
Januar-Programm.
 Reut! Um 8 1/2 Uhr: Reut!
Endlich zu Zweien.
 Gesangsopere von Joh. Söhner. Lehmann: Richard Winkler.
 Im Spezialitätenstück besonders hervorzuheben:
 Fred Dewey, Gebr. Kisselly, Louise v. Dolfs, Gebr. Verro, Michaelanko-Gesellschaft, Rus. Orig.-Sänger u. Tänzer.
 Anfang 7 1/2, Sonntags 8 Uhr. Vorverkauf Sonn. v. 11-1 Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Sängerkreis
 (Wienel, Pietro, Britton, Geidl, Krone, Döhl, Schneider und Schröder.)
 Zum Schluss:
Peppita vor Gericht.
 Ensemble von Reusel.
 Anfang 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Num. Balkon 75 Pf. Balkon-Loge 1 M. Orch.-Loge 1.50. Fremden-Loge 2 M. Tageskass. von 11-1 Uhr.
Reichshallen-Restaurant.
 Mittags und Abends: Konzert. Mittwoch, 18. Januar: Benefiz für das Reichshallen-Orchester.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
 Reut! Täglich: Reut!
Eine Sommerwohnung in Charlottenburg.
 Pöffe von K. Kuno.
 Grosser Erfolg der vorzüglichsten Grottesque-Duettisten
Les soeurs Bonheur.
 Auf allgemeines Verlangen:
Zant-Zentzchen!
 Wiederbespiel von M. Vindler. Musik von K. H. H.
 Tägl. wechselndes Programm.
 Anfang: Sonntags 6 1/2 Uhr. Wochentags 80 Pf. Entree: Sonntags 40 Pf. Vorzugsbillets haben Gültigkeit.

W. Noack's Theater

Brannenstr. 16.
 Heute, Freitag, den 13. Januar:
Alpen-Röschen.
 Mädchen-Pöffe mit Gesang in 3 Akten von E. Vindler. Musik von Conrad.
3. Ziehung d. 1. Klasse 200.000. Reich. Lotterie.
 Ziehung vom 12. Januar 1909.
 Nur die Gewinne über 100 Mark sind den betreffenden Gewinnern in Barreitsch beigelegt.
 (Ohne Gewähr.)

Die eingewanderte Nonne.

30318 419 81 [150] 632 982 81145 915 356 71 412
 805 982 32140 214 [190] 407 75 567 709 73 590 43784
 34043 172 373 456 982 35344 107 235 378 588 [150]
 738 36024 128 317 317 317 317 317 317 317 317 317
 85 691 161 847 98 34857 95 406 67 540 748 82 58 847
 30939 455 519 829 72 925
 40603 127 347 56 296 785 99 915 66 41306 40 409
 88 560 760 42021 41 67 82 109 10 830 611 41 [150] 739
 820 48200 585 490 638 638 715 824 44094 478 632 70
 919 [100] 93 45094 50 825 651 [150] 740 896 961 40005
 14472 98 [100] 217 57 557 686 830 900 47018 12447 83
 98 580 516 42 62 48022 300 540 59 87 649 61 915 88
 40115 244 674 654 765 840 903 47 71
 50069 172 281 322 60 502 658 775 848 988 76
 51162 68 278 512 607 700 917 52106 46 250 69 490
 53218 77 302 423 57 520 615 799 836 945 [100] 54116
 [150] 59 246 91 311 733 63 55219 339 469 836 98 883
 56118 210 317 745 59 829 83 938 57160 62 278 430
 755 79 851 900 34 49 84 30079 551 85 59114 240
 387 426 229 [100] 629 [100] 896 949
 60237 656 696 783 663 61015 168 812 924 62006
 47 10 152 [100] 94 490 23 544 612 909 30 63022 37 225
 426 43 632 76 891 64048 230 357 471 522 69 789 676
 65097 104 43 310 682 900 58 60130 324 65 464 803
 68 986 167182 87 298 308 506 895 68838 665 811 85
 69218 484 750 821 37 910 68
 70033 100 [500] 333 678 660 702 834 71023 106 79
 426 99 72125 90 230 250 767 828 73077 230 87 315
 426 511 32 416 775 982 74146 10 295 314 82 914 [100]
 75313 590 634 57 978 70142 362 85 7102 671 804 27019
 699 962 69 78117 231 538 749 57 59103 60 229 329
 501 816 97 914
 80011 16 100 538 46 57 95 407 29 583 622 751 810
 81108 28 295 748 58 810 82024 122 65 250 [150] 358
 423 89 525 721 818 79 81048 232 356 611 43 [100] 89
 84465 908 80588 290 471 744 46 76 [150] 834 86208
 19 485 324 687 87611 44 98 747 801 31 88 90 88306
 416 982 80622 133 376 667 728
 90144 71 385 461 561 689 91030 135 272 325 49
 [100] 472 535 [100] 673 630 36 76 929 92362 448 828
 92918 219 587 [100] 822 830 941 52 94284 [100] 920
 554 965 35 95338 456 618 708 934 900 32828 781 97075
 258 889 472 [100] 454 65 603 98524 945 90118 70 338
 62 691 [100] 708 75 252
 100017 479 91 583 874 994 101056 88 172 230 43
 822 591 680 719 102095 214 [100] 319 875 954 97
 103806 912 409 581 639 307 104170 372 99 560 749
 105156 90 259 408 451 657 881 939 100057 138 39 242
 308 412 [100] 559 [150] 744 896 107662 267 540 830
 985 108117 77 88 87 299 761 975 109002 19 225 83
 489 518 617 30 747 994.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
 Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ardouneau und Samy. Musik von Ed. Kadran. Die Puppen haben nach dem zweiten und dritten Akte. Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).** Sonntag, Nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: **Der Vetterhudent.** Operette von Carl Millöcker.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hütt.
 Täglich: **Grosses Konzert** der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Öbner und **Grosses Spezialitäten-Vorstellung** unter Regie des beliebtesten Humoristen Gustav Kluck.
 Das vollständig neue Januarprogramm. Anf. Nachm. 6 1/2 Uhr. Sonnt. 50 Pf. Eintritt Wochent. 10 Pf. Sonnt. 50 Pf.
Bereitszimmer nach dem Garten gelegen, Montag und Mittwoch frei.
 Dr. Scholz, Rammenstr. 6.

Apollo-Theater.

Direktion E. Waldmann.
Carola
Débriège
Alexia
 und 15 auserlesene Spezialitäten.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Mähr's Theater

Crancistr. 21.
Schnapphahn, Kiste & Schraube
 Pöffe mit Gesang und Tanz.
 Reut! **Valori's** Gesangsduett. Reut! **Fuchs** mit selbstverf. Schlagern.
 Anfang an den Wochentagen 8 Uhr, Sonntags 6 Uhr.
 Bond haben Wochentags Gültigkeit.
 Avis! Donnerstag, 19. d. Mts.: Benefiz für **Willy Harnisch.**

Concerthaus

Leipzigstr. No. 48.
 Täglich: Hoffmann's
Quartett u. Humoristen
 Freitag:
Heinrich Heine.
 Sonnabend:
Das Versprechen hinterm Herd.

Circus Busch

Freitag, den 13. Januar 1899.
 Abends 7 1/2 Uhr:
Humorist. Vorstellung.
PERSIEN.

Besonders hervorzuheben: **Ritt über die hundert Fuss hohe Burmann.**
 Außerdem: 100 Glanz, wädhliche und weibliche, darunter die besten Parterrepringer der Gesellschaft. **Apfel des Paris**, geritten von vier Damen. **Amateur-Konkurrenz** Reiten. Wer dreimal fessend zu Pferde die Wände umreitet, erhält eine Prämie von 50 M. **Kunstreiten der Alte-Altkarolen Reim-pagos.** Kultur des berühmten Schutze-reiters **Barkhard-Footitt.** Zum ersten Male: **Oliger-Crown Alfred Daniels** als **Thierdänbiger.**
 Morgen 7 1/2 Uhr: **Persien.**

Uereine.

Die Sonntage der Winter-Saison sind an Uereine zu vergeben. Preis Regel. "Welchlichchen", Wälderstr. 142.

110179	400	730	53	85	970	111189	309	25	857	627			
[200]	73	919	112194	224	99	505	96	819	82	113260	427		
32	62	331	684	715	925	73	114070	69	959	115	611	20	
21	150	62	192	341	427	70	772	917	31	116708	94	847	
63	647	52	62	710	830	993	117136	65	292	88	97	472	75
90	[200]	850	48	50	118020	70	80	109	10	60	255	82	541
49	57	774	[150]	92	802	110	623	62	189	209	680	85	757
850	80												
120295	830	[100]	491	528	923	3109	1						